

Bern, den 10. September 1990

NATIONALRAT
Kommission für
auswärtige Angelegenheiten

Protokoll der Sitzung vom 16. August 1990, von 9.45
- 12.45 Uhr und 14.15 - 17.00 Uhr, in Bern,
Parlamentsgebäude, Zimmer 86

Tagesordnung

1. Information über die Kriterien der Osteuropahilfe
Information sur les critères de l'aide aux pays de l'Europe de l'Est
2. Information über die Kriterien der Hilfe des EDA an Flüchtlinge + Kooperation DEH in Nepal
Information sur les critères de l'aide du DFAE en faveur des réfugiés + Coopération DDA au Népal
3. Orientierung über die europäische Integrationspolitik
Information sur la politique d'intégration européenne
4. Aktualitäten
 - IKRK-Aktivitäten im Libanon; Geiselnahmen
 - die "Chinesische demokratische Bewegung" in der Schweiz
 - baltische Staaten; neueste Entwicklungen
 - ev. weitere Themen: Irak und die Golfkrise
 Actualités
 - Activités du CICR au Liban; prises d'otages
 - mouvement "Fédération pour la démocratie en Chine": son activité en Suisse
 - Etats baltes: derniers développements
 - Autres thèmes éventuels : Iraq et la crise du Golfe
5. Seminarsitzung in Brüssel
 - definitives Programm (zur Kenntnis)
 - Bestimmung der Berichterstatter
 Séminaire à Bruxelles
 - programme définitif
 - désignation des rapporteurs
6. Verschiedenes
Divers

TeilnehmerPräsident

H. Bundi

Mitglieder der Kommission

H. Auer, Frau Bäumlin, HH. Bircher,
 Burckhardt, Cevey, Dietrich, Frey Walter,
 Frau Grendelmeier, HH. Mühlemann,
 Petitpierre, Rohrbasser, Rychen, Frau
 Segmüller, HH. Segond, Wyss Paul

Entschuldigt

Frau Bär, HH. Euler, Grassi, Loretan,
 Portmann, Zbinden Paul, Ziegler

Weitere Teilnehmer

H. Bundesrat Felber, EDA
 H. Schaller, Generalsekretär, EDA
 H. Jenö Staehelin, Pol. Abt. 1, EDA (Punkt 1)
 H. Arioli, Bawi, EVD (Punkt 1)
 H. Friedrich, EDA (Punkt 1)
 H. Fritz Staehelin, DEH, EDA (Punkt 2)
 H. Wilhelm, DEH, EDA (Punkt 2)
 H. Weiersmüller, Koordinator für
 internationale Flüchtlingspolitik, EDA
 (Punkt 2)
 H. Kellenberger, Integrationsbüro EDA/EVD,
 (Punkt 3)
 H. Simonin, Chef des Krisenstabs, EDA
 (Punkt 4)
 H. Ducrey, Polit. Sekretariat, EDA (Punkt 4)
 H. Godet, Direktion für Völkerrecht, EDA
 (Punkt 4)
 H. Borer, Direktion für Völkerrecht, EDA
 (Punkt 4)

Sekretariat

H. Magnin

Protokoll

Frau Deuss (d)
 Frau Baessler (f)

1. Information über die Kriterien der Osteuropahilfe

1. Information sur les critères de l'aide aux pays de l'Europe de l'Est

Staehelin Jenö: Als wir die Botschaft vom 22. November 1989 verfassten, dachten wir vor allem an Polen und Ungarn und in einem gewissen Mass auch an die UdSSR, an die Länder also, die damals im Begriff waren, Reformen einzuführen. Wir schlossen aber auch damals punktuelle Massnahmen für andere Länder nicht aus, insbesondere in den Bereichen Politik und Kultur.

Gemäss der Botschaft soll der Wille der Regierungen, institutionelle, wirtschaftliche und politische Reformen einzuleiten und sich den Beschlüssen der KSZE anzuschliessen, Voraussetzung für die schweizerische Hilfe sein. Wir haben in der Botschaft unterstrichen, dass die Schweiz ein unmittelbares Interesse hat an einem kontrollierten Wandel, der die internationale Stabilität nicht gefährdet. Die schweizerische Hilfe soll darauf abzielen, durch konkrete wirtschaftliche, politische und andere Massnahmen zur Verhinderung sozialer Konflikte beizutragen, die den Reformprozess gefährden könnten.

Heute erfüllen alle ost - und mitteleuropäischen Staaten - mit Ausnahme Albaniens und Rumäniens - diese Kriterien (Rumänien ist im Rahmen der Gruppe der 24 von der internationalen Hilfe ausgeschlossen worden). Die schweizerische Hilfe soll aber nicht zersplittert werden. Sie konzentriert sich deshalb auf Polen, Ungarn und die CSFR und auf gewisse Massnahmen in der UdSSR. Punktuelle Massnahmen in Bulgarien sollen nicht ausgeschlossen werden, Jugoslawien haben wir bisher ausgenommen, obwohl es neuerdings auch von der Gruppe der 24 unterstützt wird.

Es gibt aber auch Projekte, die Länder übergreifend sind. Ich denke an Seminarien oder Kurse für Angehörige ost- und mitteleuropäischer Staaten

(Verfassungsrecht), an Stipendien, an das Abkommen, das das Bawi mit der Weltbank und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC, eine Tochtergesellschaft der Weltbank) geschlossen hat, an die Exportförderung oder die Regelung für Praktikanten, die das Biga kürzlich erlassen hat.

Auch was den Inhalt der Hilfe anbelangt, gelten die Grundsätze der Botschaft nach wie vor. Die schweizerische Hilfe muss gemeinsam mit den Empfängerländern definiert werden, die Schweiz wird nur auf den Wunsch eines Empfängerlandes hin aktiv. Die Schweiz fordert von den Empfängerländern eine, wenn auch bescheidene, finanzielle Beteiligung. Die Projekte werden nicht von den Bundesbehörden durchgeführt, sondern in Auftrag gegeben. Von isolierten und punktuellen Einzelaktionen ist abzusehen. Alle diese Grundsätze gelten immer noch, sie sind aber nicht immer leicht durchzusetzen, insbesondere der letzte, denn wir erhalten aus der Schweiz sehr, sehr viele gute Vorschläge.

Ein grosser Teil der schweizerischen Hilfe geht an Polen, deshalb setzen wir in Polen am 1. Oktober 1990 einen Koordinator ein, einen Mitarbeiter der Finanzkontrolle, der polnisch spricht. Die Schwerpunkte der schweizerischen Hilfe an Polen sind die Verteilung von landwirtschaftlichen Gütern (Markthallenprojekt), die lokale Selbstverwaltung (Dezentralisierung), die Ausbildung im Bankensektor, die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben. Im Bereich der Finanzhilfe sind die Schwerpunkte Bildung, Gesundheit, Energie und Umwelt.

Auch was die Hilfe an Ungarn anbelangt, ist die Umwelt Schwerpunkt (insbesondere Sondermüll), es gibt auch Projekte für die Sprachausbildung, für die öffentliche Verwaltung, Banken und Unternehmen.

Von der CSFR haben wir noch keine genaue Wunschliste erhalten. Es wird etwas unternommen werden auf dem Gebiet der Management-Ausbildung, und zwar in Zusammenarbeit mit der Hochschule St. Gallen, und es gibt Ausbildungsprojekte für Banken und im Rahmen der Gruppe der 24 Projekte für die

Umwelt.

Die UdSSR zeigt sehr grosses Interesse am schweizerischen Föderalismus, an den schweizerischen Erfahrungen mit Klein- und Mittelbetrieben und an Ausbildungsprojekten.

Bulgarien hat uns eine sehr lange Wunschliste vorgelegt, insbesondere was die Landwirtschaft und den Tourismus anbelangt. Wir unterstützen dieses Land aber nicht. Auch Roumänien haben wir, abgesehen von einer humanitären Aktion, nicht unterstützt, und das gleiche gilt für die DDR. Jugoslawien unterstützt die Schweiz lediglich im Rahmen des Sonderfonds der EFTA.

Auch für unsere Arbeitsweise ist die Botschaft vom 22. November 1989 immer noch Grundlage. Am 23. Mai 1990 hat der Bundesrat eine entsprechende Verordnung erlassen. Die Organisation der schweizerischen Hilfe ist verhältnismässig schwerfällig und aufwendig. Das hängt damit zusammen, dass wir zu Beginn nicht wissen konnten, dass die Entwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Staaten anhalten würde, und uns deshalb für eine dezentrale Organisation entschieden. Diese dezentrale Organisation hat sich zwar gut eingespielt, sie muss aber - sollte die Osteuropahilfe auf längere Zeit weitergeführt werden - überdacht werden. Zurzeit werden Richtlinien für die Arbeitsmethoden ausgearbeitet. Sie sollen ein kohärentes Vorgehen der verschiedenen Bundesämter sicherstellen, sie zu globalen und sektoriellen Zielsetzungen verpflichten sowie das Vorgehen für die Identifizierung der Projekte und die Kontrolle regeln.

Ungarn wünscht der inzwischen recht ausgedehnten Zusammenarbeit etwas politischen Gehalt zu geben. Zu diesem Zweck wird anlässlich des geplanten Besuches Herrn Bundesrat Felbers in Budapest eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Ungarn unterzeichnet werden. Das ist keine juristische Verbindlichkeit, sondern eine politische Willenserklärung.

Arioli:

Die Mittel, die für den Umweltschutz

eingesetzt werden - das haben wir mit dem EDA abgesprochen -, sollen in erster Linie Ungarn zugute kommen.

Zur Finanzhilfe an Polen. Wir sind im Einvernehmen mit den polnischen Behörden zu folgendem Rahmen gekommen: 100 Millionen Franken erhält Polen in der Form von Krediten mit Garantie des Bundes, 60 Millionen Franken in der Form von nicht rückzahlbaren Finanzierungen (davon 10 Millionen vom Kreditposten für Lebensmittelversorgung).

Die 60 Millionen Franken sollen zunächst für das Gesundheitswesen eingesetzt werden. Die Bedürfnisse werden zusammen mit dem Schweizerischen Roten Kreuz in Polen abgeklärt werden. Zweite zeitliche Priorität werden die Bereiche Energie und Umwelt sein. Als dritte zeitliche Priorität hat Polen Telekommunikation und Verkehr genannt. Was die 100 Millionen Franken anbelangt, ist Polen in erster Linie daran interessiert, die allernotwendigsten Lieferungen weiterzuführen (Maschinen, Werkzeuge usw.). In der Schweiz läuft zurzeit bei den Exporteuren eine entsprechende Umfrage.

Was die Investitionsförderung anbelangt, hat die Schweiz mit der Weltbank und der IFC Trust-fund-Vereinbarungen abgeschlossen. Diese beiden Institutionen haben einen Bedarf für die Finanzierung von schweizerischen Konsulenten angemeldet. Der grösste Teil der Investitionsförderung wird für die Tätigkeit des UNIDO-Büros in Zürich eingesetzt werden. Es wird von Schweizern geführt und finanziert und hat sich bisher mit der Investitionsförderung in Entwicklungsländern befasst. Es wird schweizerische Investoren beraten und Anfragen, Wünsche und Vorschläge aus ost- und mitteleuropäischen Staaten beantworten oder weiterleiten.

- 5 -

M. Friedrich : A l'exposé de M. l'ambassadeur Staehelin, j'ajouterai des compléments d'information quant aux lignes directrices de notre action et aux domaines qu'elle touche.

La Suisse, soulignons-le, jouit d'un immense capital de confiance dans les pays de l'Est. Les populations ont de notre pays une image exclusivement positive. Cela nous permet d'agir avec une certaine aisance, mais il convient que notre action soit prudente et n'entame pas ce capital, mais l'augmente.

Sur le plan politique, nous organisons des colloques, des séminaires, mais il nous importe maintenant à des actions plus consistantes qui permettent à ces pays d'opérer leur mutation. Nous avons des projets de réformes administratives qui visent à insuffler un esprit de dialogue avec la population et à implanter la démocratie. Des propositions sont en cours pour une réforme de la police, qui est un sujet délicat, mais intéressant.

La Hongrie nous demande une suite au projet Battelle déjà présenté de réformes économiques. Nous sommes disposés, dans la suite à donner, à aller plus avant dans la pratique.

Sur le plan culturel, nous avons surtout eu des contacts utiles avec les ministères. Il faudrait porter cette action dans la sphère privée en entrant en contact directement avec les artistes eux-mêmes. Nous comptons soutenir de tels projets.

Sur le plan scientifique, le travail est plus facile, le cercle intéressé étant plus restreint. Nous continuons à amplifier notre action en délivrant davantage de bourses d'études, en engageant davantage de chercheurs.

La formation, secteur-clé, touche tous les domaines : hôtellerie, commerce, vente, administration. Le domaine est très vaste il s'agit d'établir des projets pratiques.

Enfin, l'environnement est crucial dans la mesure ^{cù} il fait l'objet de mouvements politiques. Il y a énormément à faire, notamment dans le domaine des traitements de déchets, et nous comptons intensifier notre action car la question concerne toute l'Europe.

L'ensemble de ces 5 chapitres - politique, culturel, scientifique, formation et environnement - compte pour 50 millions de Fr. sur le crédit alloué de 250 millions. Il est engagé pour environ 80 % de la somme.

Auer: Sind schon Einladungen zu wirtschaftlichen Schulungskursen ausserhalb der Schweiz eingegangen? Sind schon Anfragen für Seminarien über Demokratie eingegangen? Die Schweiz könnte solche Seminarien personell oder finanziell unterstützen.

Und wenn ja: Ist auch die DDR eingeschlossen, die ja zurzeit ausserordentlich stark von der BRD "betreut" wird?

Mühlemann: Die Schweiz könnte nur mit einem Land, dafür aber beispielgebend, vorangehen. Sehr vieles spricht für Ungarn als Musterbeispiel. Gegenüber Polen hingegen habe ich Bedenken, insbesondere wegen seinen politischen Strukturen, aber auch wegen der irrationalen Verhaltensweise des polnischen Menschen.

Man kann aber - in Einzelfällen - auch punktuelle Beispiele geben. Werden in Gerzensee Kurse für ost- und mitteleuropäische Bankfachleute angeboten? Gerzensee ist ja geschaffen worden, um Bankfachleute aus den Entwicklungsländern weiterzubilden. Diese Aufgabe müsste die Nationalbank übernehmen.

Rumänien scheint mir ein Sonderfall zu sein. Es fehlt in Rumänien weniger am guten Willen als an den praktischen Möglichkeiten, die Reformen durchzusetzen, weil in den demokratischen Parteien Leaderfiguren fehlen. Vielleicht müsste man mit Rumänien doch gewisse Kontakte aufnehmen. Zurzeit weilt der ehemalige rumänische Tourismusminister als einfacher Asylant in der Schweiz. Er könnte ein wertvoller Experte für die Osteuropahilfe sein.

Wie steht es mit der schweizerischen Hilfe an die baltischen Staaten?

Frey Walter: Die Osteuropahilfe muss auf ein oder zwei Länder konzentriert werden, auf Ungarn und Polen.

Ich bin besorgt darüber, dass die Finanzhilfe

zum grössten Teil für Polen vorgesehen ist, obwohl Ungarn ein viel besserer Nährboden für Investitionen wäre.

Ich bin nicht befriedigt vom Antwortschreiben des Biga an die schweizerischen Gemüsebauern (keine Ausnahmen vom Ausländergesetz für die privatwirtschaftliche Ausbildung von etwa 30 Studenten). "Learning by doing" in der Wirtschaft ist doch die beste Ausbildung für Angehörige ost- und mitteleuropäischer Staaten. Kommt dazu, dass es in diesen Ländern zu Arbeitslosigkeit kommen wird. Es wäre also sinnvoll, wenn Angehörige ost- und mitteleuropäischer Staaten in der Schweiz beispielsweise ein halbes Jahr ausgebildet werden und ein halbes Jahr arbeiten könnten.

Bircher: Sowohl in dieser Kommission als auch im Plenum hiess es, die Osteuropahilfe müsse auf zwei, höchstens drei Länder konzentriert werden, aber auch, es handle sich um einen Rahmenkredit, der - angesichts der Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa - flexibel gehandhabt werden können müsse.

Wir Parlamentarier könnten - in der Form eines Dialoges anstelle trockener Unterrichtsstunden - zur "Schule der Demokratie" in den ost- und mitteleuropäischen Ländern beitragen.

Frau Grendelmeier: Als wir die Osteuropahilfe vorberieten, sagten wir alle, angesichts der raschen Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sei die Botschaft veraltet und der Kredit zu niedrig. Ich möchte Sie davor warnen, die Osteuropahilfe auf das "Musterland" Ungarn zu konzentrieren. Ungarn war doch schon vor den Reformen das einzige Land im Ostblock, dem es - verhältnismässig - gut ging. Die Osthilfe muss konzentriert werden, aber nicht auf ein oder zwei Länder, sondern auf bestimmte Projekte in verschiedenen Ländern.

(Zu Staehelin Jenö) Wann glauben Sie, wird ein zweites Hilfspaket für die übrigen ost- und

mitteleuropäischen Staaten fällig? Welches sind die besonderen Probleme in Bulgarien? Wie weit sind die schweizerischen Projekte in der CSFR gediehen?

M. Petitpierre : J'approuve entièrement l'idée de coordonner nos actions en mettant l'accent là où c'est réellement utile. Mais cela ne risque-t-il pas de compromettre certaines petites initiatives peu coûteuses, notamment celles qui visent de former les gens au moyen de colloques, séminaires, etc ? Par exemple, j'ai un collègue qui va maintenant discuter en Hongrie des conventions collectives. Cela ne coûte pas grand-chose, et si l'on structure fortement nos interventions en essayant d'éviter le gaspillage, ne risque-t-on pas de paralyser ce genre d'activités, qui sont utiles dans ces pays ?

Frau Segmüller: Ich finde die Initiative der schweizerischen Gemüsebauern sehr gut. Könnte man das Projekt nicht so ändern (kürzerer Aufenthalt usw.), dass es nicht an der schweizerischen Ausländerpolitik scheitern muss?

Präsident: Ich war diesen Sommer in Bukarest, Belgrad und Budapest und hatte Kontakte mit Parlamentariern und Ministern. In allen drei Hauptstädten hörte ich, dass diese Länder von uns nicht in erster Linie finanzielle Hilfe erwarten, sondern Beratung, auch parlamentarische Beratung.

Rumänien war sehr enttäuscht darüber, dass sich die Schweiz dem Beschluss der Gruppe der 24 angeschlossen hat, Rumänien keine Hilfe mehr zukommen zu lassen. Meine Gesprächspartner in Bukarest legten einen echten Willen zu Reformen an den Tag: Es gibt eine parlamentarische Untersuchungskommission, die die Niederschlagung des Studentenaufstandes untersucht, und ihr Vizepräsident ist ein Sozialdemokrat, obwohl die sozialdemokratische Fraktion nur zwei Mitglieder zählt.

Rumänien hat das Bedürfnis nach Beratung bei Forschungsprojekten und Ausbildungszentren angemeldet, Jugoslawien wäre dankbar für Beratung über Föderalismus und Minderheitenfragen, und Ungarn wünscht Hilfe bei der Organisation eines Systems von Kleinbanken für Kleinbauern und Kleingewerbler (Raiffeisenkassen).

M. Felber, Conseiller fédéral : Il ne faut pas s'emballer. La tâche sera longue, elle est difficile et rappelons que nous travaillons avec les gouvernements.

(à M. Bundi) : Si vous allez dans tel pays, il est clair que tel personnage rencontré dans une catégorie sociale particulière va vous demander de faire part de vos expériences dans le domaine qui l'intéresse. Mais si vous multipliez cela par de nombreux contacts dans différentes classes sociales et professionnelles, l'éventail est très large. Chacun y va de sa demande de conseils. C'est pourquoi nous tenons à suivre les directives du gouvernement du pays concerné, qui fixe les priorités de la politique de développement choisie.

La réponse de l'OFIAMT à la lettre des maraîchers suisses a peut-être été trop restrictive, n'admettant pas d'apprentis au-delà des contingents autorisés. Nous allons reprendre ce problème, car nous pouvons, avec chaque étudiant qui vient en Suisse, admettre qu'il n'appartient pas au contingent des travailleurs étrangers, ce qui pourrait s'appliquer de même aux apprentis. Il faudra peut-être en décider au Parlement et assouplir cette conception, qui, en fait, est respectée légalement par l'OFIAMT. Peut-être pourrait-on faire une exception pour ces pays.

A propos de l'augmentation du nombre de pays bénéficiaires, notons que nous avons été assez larges dans le Message. On a parlé de la Pologne et la Hongrie, mais les événements dans d'autres pays d'Europe centrale peuvent nous inciter à élargir le cercle des pays bénéficiaires. Le groupe des 24, réuni en juillet à Bruxelles n'a rien fait d'autre que de constater que les dispositions nouvelles et les institutions nouvelles mises en place en Tchécoslovaquie étaient même plus avancées sur le plan démocratique qu'elles ne le sont en Pologne. Après avis donné par M. Friedrich, il reste quelques demandes de la Tchécoslovaquie que nous comptons planifier.

L'URSS, quant à elle, n'est pas un pays qui doit bénéficier de ce type de mesures, et si une aide devait lui être apportée, ce ne pourrait être dans le cadre de ce crédit. Le groupe des 24 a demandé que l'on tienne compte des besoins de l'URSS, mais n'entend pas l'inclure dans ses financements. Nous projetons un prochain voyage en URSS, dont les demandes sont très précises : formation universitaire, bancaire, analyse des PME, y compris des entreprises d'économie mixte d'URSS pour déceler les défauts afin que soient portés les corrections nécessaires.

La Pologne est en train d'absorber les moyens mis à sa disposition. L'aspect le plus dynamique des actions entreprises à l'égard de ces pays par l'Europe occidentale, c'est de les inviter à avoir des échanges économiques entre eux, et pas seulement avec nous. Il s'est déjà établi un contact Hongrie-Tchécoslovaquie-Pologne pour former un groupe de pays d'Europe centrale capable d'avoir des échanges réguliers. Mais la Pologne se situe à part. Elle est obérée par une dette catastrophique et si nous ne l'appuyons pas, elle ne sera même pas en mesure d'établir des échanges avec des pays d'Europe centrale. Tous les pays du G24 ont été contraints d'admettre que l'aide à la Pologne serait d'abord financière.

En ce qui concerne la Roumanie, l'opposition est d'ordre politique et les Roumains le savent. Quand ils essaient de démontrer les progrès accomplis dans le sens démocratique, nous vérifions attentivement ce qui s'est passé. Néanmoins au sein du groupe des 24, certains pays - France, Roumanie - soutiennent ce pays.

StaeHELIN Jenö: Was die "Schule der Demokratie" anbelangt, planen wir Seminarien über Föderalismus und Minderheiten in Zusammenarbeit mit der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Solothurn. Wir sind bestrebt, solche Projekte nicht in der Schweiz, sondern im Ausland durchzuführen - vorausgesetzt, wir können mit den Regierungen der Empfängerländer zusammenarbeiten.

Polen erhält den grössten Teil der Finanzhilfe, weil es auf dem internationalen Markt keine Kredite mehr erhält.

Die baltischen Staaten haben ihr Interesse angemeldet, auf bestimmten Gebieten unterstützt zu werden, bis heute ist aber nichts konkretisiert worden.

Die Idee, mit der Nationalbank zusammenzuarbeiten (Gerzensee), nehmen wir gerne auf.

Wir arbeiten auf der Grundlage der Botschaft. Sie hält auf Seite 10 fest, dass sich die Osteuropahilfe auf Ungarn und Polen und - bis zu einem gewissen Grad - auf die UdSSR konzentriert, unter den beiden Vorbehalten, dass die Entwicklungen in diesen Ländern anhalten und andere Länder punktuelle Hilfe erhalten können, auch wenn ihre Reformen noch nicht so weit gediehen sind wie in Polen und Ungarn. Gerade im Bereich der Politik kann es sinnvoll sein, auch mit einem Land zu arbeiten, das unseren Vorstellungen von Demokratie und Achtung der Menschenrechte noch nicht entspricht.

Es gibt heute eine Weisung, die vorsieht, Praktikanten zumindest die Möglichkeit zu geben, sich mindestens während vier Monaten in der Schweiz aufzuhalten.

Was die Projekte zwischen Parlamenten anbelangt, habe ich Herrn Professor Gasteyger, der ein entsprechendes Konzept entwickelt hat, bei Herrn Sauvant eingeführt. Die Frage ist nur: Wer soll das finanzieren?

In gewissen Bereichen werden die Mittel Ende nächsten Jahres erschöpft sein. Das nächste Paket wird also vermutlich anfang 1992 fällig sein.

Von Bulgarien haben wir erst vor zwei Wochen eine konkrete Liste erhalten, und unsere Mittel sind schon

- 11 -

verpflichtet. Punktuelle Hilfe schliessen wir aber - aus politischen Gründen - nicht aus.

Was die CSFR anbelangt, ist noch nicht sehr viel geschehen. Das hängt damit zusammen, dass wir nicht von den einzelnen Ministern, sondern von der gesamten Regierung wissen möchten, was die CSFR wünscht. Man hat uns versprochen, uns das nach den Wahlen vom Juni wissen zu lassen. Wir wissen aber schon heute vom tschechischen Ministerpräsidenten, dass für die CSFR der Umweltschutz Priorität hat.

Kleine Projekte sind für uns eine Gratwanderung. Wir müssen versuchen, das eine zu tun, das andere aber nicht zu lassen. Wir sind nicht generell gegen kleine Projekte, aber wir versuchen, das Giesskannenprinzip zu vermeiden.

Dem Projekt Raiffeisenkassen stehen wir sehr positiv gegenüber.

M. Friedrich : (à M. Auer) Votre observation sur les soviétiques qui ne connaissent pas l'abc du commerce est justifiée. Nous sommes constamment confrontés à ce type d'expérience, dans une proportion encore plus forte avec les fonctionnaires - encore nombreux - venant d'URSS. C'est moins grave dans le cas de la Hongrie, plus précoce dans son mouvement de réformes. Notre travail de formation est là pour faire avancer les choses, mais certains devraient céder la place, et cela demandera un certain temps.

Sur le plan commercial, nous organisons un séminaire intensif de jeunes commerçants à Bâle du 17 septembre au 13 octobre. Pour le domaine bancaire, l'actuel secrétaire général de la Commission de l'association suisse des banquiers se rendra en Hongrie prochainement pour discuter avec son homonyme sur place pour juger des besoins. Une sorte d'OFIANT va aussi être créée en Hongrie à l'intention des PME pour éviter que les ministères seuls soient compétents.

Frau Bäumlin: Warum ist bei der Osteuropahilfe nie von der DDR die Rede?

M. Felber, Conseiller fédéral : Les problèmes de la RDA sont du ressort de la RFA actuellement. Ainsi, les relations avec la Suisse sont difficiles, car nous ne pouvons rien entreprendre sans compter avec ces deux pays, qui ne veulent pas s'engager avant la réunification.

Frau Bäumlin: Aber was die Landwirtschaft der DDR anbelangt, schiene mir heute beinahe eine Soforthilfe angebracht, und das trotz der Wiedervereinigung.

Arioli: (Zu Frau Bäumlin) Am Treffen der Wirtschaftsminister der BRD, Oesterreichs und der Schweiz sind die drei Wirtschaftsminister übereingekommen, ein Investitionsseminar für österreichische und schweizerische Unternehmer durchzuführen. Wir sind daran, dieses Seminar - es wird im November stattfinden - vorzubereiten. Aber die Situation in der DDR ändert sich so schnell, dass man sich aus der Sicht des Unternehmers praktisch jeden Tag neu fragen muss, wie ein solches Programm aussehen soll.

Dasselbe gilt für die Landwirtschaft der DDR, die zudem in die Landwirtschaft der EG eingeführt werden muss. Diese Hilfe kann die Schweiz nicht leisten.

Auf den 1. August 1990 hat die Schweiz die DDR in das Freihandelssystem mit der EG eingeschlossen.

2. Information über die Kriterien der Hilfe des EDA an Flüchtlinge

2. Information sur les critères de l'aide du DFAE en faveur des réfugiés

Stahelin Fritz: Es gibt in der Welt schätzungsweise 15 Millionen Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern - meist in den ärmsten Entwicklungsländern -, d.h., sie flüchten aus Entwicklungsländern in Entwicklungsländer. Sudan beispielsweise nimmt Flüchtlinge auf, es fliehen aber auch Sudaner aus dem Sudan. Eine typische Situation.

Es wird immer schwieriger, zwischen Flüchtlingen im engeren Sinne und Vertriebenen zu unterscheiden. Verfolgung, Krieg, zivile Unruhen, Hunger, Menschenrechtsverletzungen und andere Zwänge treiben Menschen in andere Gegenden, in denen sie hoffen, ihrer Not zu entrinnen. Zu den 15 Millionen Flüchtlingen kommen Millionen von - vielleicht nochmals 15 Millionen Menschen - Vertriebenen.

Ein wesentlicher Teil der humanitären Hilfe des Bundes ist Hilfe an Flüchtlinge: 1989 sind für die Hilfe an Flüchtlinge 56 Millionen Franken, das sind beinahe 28 Prozent der humanitären Hilfe, aufgewendet worden. Dazu kommt die Hilfe an Vertriebene. D.h., der Bund verwendet insgesamt 95 Millionen Franken oder 47 Prozent der humanitären Hilfe auf Flüchtlinge im weiteren Sinn.

Wie sieht diese Hilfe aus? Es handelt sich in erster Linie um eigentliche Nothilfe: Erste Priorität ist es, den Flüchtlingen überleben zu helfen. Mehr und mehr dauern diese Notlagen aber an, und die DEH muss sich mit Problemen auseinandersetzen, die entstehen, wenn die Flüchtlinge über Jahre hinweg am fremden Ort bleiben. Das erfordert neue Massnahmen, die so weit als möglich die Selbsthilfe, die

Selbstversorgung erleichtern und unterstützen. Dazu gehören Massnahmen zugunsten der Aufnahmeländer, weil die Flüchtlinge beispielsweise Wälder abholzen, um kochen zu können (Wiederaufforstung, Verbesserung der Wohn- und Infrastruktur). Die DEH versucht auch, den Flüchtlingen zu helfen, freiwillig nach Hause zurückzukehren, wenn es die Situation erlaubt (Nahrungsmittel, Saatgut, Werkzeug, Wiederherstellung von Wasserversorgungen usw.). Solche - längerfristigen - Massnahmen mussten aufgrund der Finanzkrise des HCR letztes Jahr leider stark zurückgesetzt werden.

Mit wem arbeitet die DEH im Bereich der Flüchtlingshilfe zusammen? Vor allem mit internationalen Organisationen wie dem HCR, der UNRWA, der UNBRO, dem Welternährungsprogramm, dem IKRK, aber auch mit dem Schweizerischen Roten Kreuz und anderen schweizerischen Hilfswerken. Das Katastrophenhilfekorps hilft Lager aufbauen, es organisiert die Aufnahme von Flüchtlingen, unterstützt die Logistik der UNO und des Welternährungsprogrammes (Verteilung von Nahrungsmitteln), es engagiert sich aber auch für den Wiederaufbau nach Zerstörungen.

Wir dürfen bei der Flüchtlingshilfe aber die lokale Bevölkerung nicht übersehen. So dürfen wir etwa Rückkehrer gegenüber der lokalen Bevölkerung nicht bevorteilen, weil das zu Spannungen oder Unruhen führen würde.

Die Hilfe an die Flüchtlinge ist also nicht nur ein Problem der humanitären Hilfe, sie muss viel umfassender, von Grund auf angegangen werden, und die Gründe für das Flüchtlingsproblem sind Armut, Menschenrechtsverletzungen, politische und wirtschaftliche Probleme. Niemand geht leichtsinnig von seinem Heim weg. Die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes will die Flüchtlingsproblematik an der Wurzel packen, sie will den Bevölkerungen die Möglichkeit geben, ihre Grundbedürfnisse aus eigener Kraft zu decken. Sie will aber auch, dass das ökologische und demographische Gleichgewicht erhalten bleibt und die Menschenrechte geachtet werden.

Gerade in dieser Hinsicht haben wir 1989

zusammen mit andern Bundesämtern im Rahmen des interdepartementalen Komitees für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe untersucht, wie die Schweiz mehr tun könnte für Länder, aus denen Asylanten in die Schweiz kommen. Was Sri Lanka anbelangt, waren wir der Meinung, es müsste möglich sein, gewisse Projekte für die Rückkehrer zu unterstützen (neue Arbeitsplätze, Infrastrukturen, Ausbildung, Spitäler). Mit Hilfe des Katastrophenhilfekorps haben wir ein Spital wiederaufgebaut. Aber die Entwicklung in Sri Lanka hat uns bisher nicht erlaubt, etwas zu tun, das die Lage der Tamilen in der Schweiz in irgendeiner Weise beeinflusst hätte.

Wir haben in diesem interdepartementalen Komitee auch die Lage in der Türkei überprüft (die grösste Zahl der Asylsuchenden in der Schweiz stammt aus der Türkei). Wir haben dem Bundesrat einen entsprechenden Bericht unterbreitet, und der Bundesrat hat das EVD und das EDA beauftragt, auf verschiedenen Ebenen, mit verschiedenen Aktionen vorzugehen. Das EDA ist beauftragt worden, seine Anstrengungen im Bereich der Achtung der Menschenrechte zu verstärken. Es ist wiederholt zu Kontakten gekommen, und auch Herr Bundesrat Felber hat dieses Thema mit seinem türkischen Kollegen aufgenommen. Das Bawi ist beauftragt worden abzuklären, inwiefern Mischkredite gezielt für die ostanatolischen Regionen eingesetzt werden könnten. Zudem wird das Bawi abklären, ob multilaterale Finanzierungen dazu beitragen könnten, die ostanatolischen Regionen zu fördern (Schaffung von Arbeitsplätzen). Die DEH ist beauftragt worden, zu prüfen, inwiefern Massnahmen der technischen Zusammenarbeit, die in der Türkei zum Teil schon seit Jahren im Gange sind, ausgebaut werden könnten (Schaffen von Arbeitsplätzen, Umwelt). Die DEH wird dem Bundesrat über alle diese Anstrengungen der beteiligten Aemter bis Ende 1990 Bericht erstatten.

Die DEH beabsichtigt, mit der Development Foundation of Turkey, einer sehr gut eingeführten nichtstaatlichen Organisation, die gründliche basisorientierte Arbeit leistet, die landwirtschaftliche Entwicklung weiter zu fördern, das Handwerk zu fördern und noch mehr für den Schutz

der Umwelt zu tun. Eine zweite Aktion, die in Abklärung ist, ist die Zusammenarbeit mit der GTZ (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit der BRD), die in der Türkei viel mehr Erfahrung hat als die DEH. Es würde sich um Projekte der beruflichen Ausbildung und der Förderung von Kleinunternehmen oder kleinen Industrieunternehmen handeln. Schliesslich sind wir auch mit der FAO im Gespräch, insbesondere um im Bereich der Umwelt etwas zu tun, um der Erosion zuvorzukommen (diese Regionen sind stark überbevölkert und landwirtschaftlich übernutzt).

Wir dürfen uns aber keine falschen Hoffnungen machen. Rasche Ergebnisse sind keine zu erwarten: In der Türkei gibt es vier bis fünf Millionen Arbeitslose, ist das Bevölkerungswachstum drei Prozent, kommen jedes Jahr 400 000 neue Arbeitssuchende auf den Arbeitsmarkt, während die türkische Wirtschaft jedes Jahr nur etwa 200 000 neue Arbeitsplätze bereitstellen kann. Wenn es der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit gelingen soll, dazu beizutragen, dass etwa 2 000 Arbeitsplätze geschaffen werden können, müssen wir mit Investitionen in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken rechnen. Zudem würden oder werden alle diese Anstrengungen nichts nützen, wenn die Sicherheit in diesen Regionen nicht verbessert werden kann.

Wir werden Ende dieses Jahres dem Bundesrat darüber Bericht erstatten, wie weit unsere Arbeiten fortgeschritten sind und welche längerfristigen Aktionen wir planen.

Entwicklungszusammenarbeit der DEH in NepalCoopération de la DDA au Népal

Präsident: Ueber die Entwicklungszusammenarbeit der DEH in Nepal sind mir von Insidern Ende Juli sehr kritische Informationen zugegangen. Ich habe diese Kritik in Fragen umgewandelt und sie dem Direktor der DEH unterbreitet. Der Direktor der DEH hat meine Fragen schriftlich beantwortet (siehe Anhang).

Stahelin Fritz: Auf Seite 3 meines Briefes hat sich ein Fehler eingeschlichen: "Die gegenüber von 1988 (18,8 Millionen Schweizer Franken) überdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben 1989 (31,2 Millionen Schweizer Franken". Die Ausgaben 1990 werden weniger hoch sein.

Die Mittel, die für ein Land aufgewendet werden, schwanken jährlich, je nach Zahlungsmodalitäten der internationalen Organisationen, nach Ausmass der Monsunschäden usw. Im Durchschnitt haben die Mittel für Nepal in den letzten Jahren nicht zugenommen, sie sind sogar etwas unter den geplanten 20 Millionen geblieben.

Wir nehmen diese Kritik ernst, wir kennen sie, wir haben uns mit ihr auseinandergesetzt. Sie stammt offensichtlich aus dem stark motivierten Team von Mitarbeitern und Konsulenten der DEH. Die DEH zeichnet sich durch einen Korpsgeist aus, der stark geprägt ist von der Motivation der Mitarbeiter. Wir schöpfen diese ausserordentlich wertvolle Motivation aus und beziehen sie bei der Formulierung der Politik der DEH mit ein (Länderprogramme usw). Wir pflegen einen partizipativen Führungsstil, aber die Verantwortlichkeiten der Führung sind klar festgelegt, es gibt keine "Mitarbeiter-Demokratie". Allerdings müssen die Entscheide unter Berücksichtigung und in Auseinandersetzung mit der Meinung der

Mitarbeiter gefällt werden.

Aus den Fragen lese ich ein gewisses - meiner Meinung nach unbegründetes - Misstrauen gegenüber Privatunternehmen. Wir spielen nicht Privatunternehmen gegen Hilfswerke aus, wir suchen jeweils den Problemen entsprechend den am besten geeigneten Partner.

Es ist nicht richtig, dass Infrastrukturprojekte besonders anfällig sind für Korruption. Auch Schulleitungen usw. können korrupt sein. Wichtig ist die Kontrolle. Die DEH war ein sehr harter, unbequemer Partner der früheren Regierung Nepals, und es waren nicht alle Vertreter der früheren Regierung und Verwaltung Nepals korrupt. Die neue Uebergangsregierung hat dem Schweizer Botschafter ganz besonders dafür gedankt, wie eindeutig sich die DEH in dieser schwierigen Phase verhalten hat, und betont, gerade die Art der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit müsse weitergeführt und weiter ausgebaut werden. Gerade weil wir im Umgang mit der alten Regierung harte Partner waren, hat die DEH heute eine sehr gute Beziehung zur neuen Regierung.

Mühlemann: Die Ausführungen Herrn Botschafter Staehelins sind überzeugend.

Präsident: Ich fühlte mich verpflichtet, diese Kritik zur Sprache zu bringen, insbesondere weil sie von Insidern stammt und die Hilfe an Nepal ein grosser Anteil der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit bildet.

Frey Walter: Ich kenne die Himalajastaaten aus eigener Anschauung. Ich habe Vertrauen in die Arbeit der DEH in Nepal.

Frau Segmüller: Ich spreche der DEH mein volles Vertrauen

aus. Gerade in Nepal ist der Kampf gegen die Korruption eine ständige Gratwanderung, aber ich nehme an, die Mitarbeiter der DEH gehen nach bestem Wissen und Gewissen vor. So einfach lässt sich dieses Problem nicht lösen, deshalb hat mich die etwas harsche Kritik - von Unbekannten - etwas befremdet. Woher stammt wohl diese Kritik?

M. Felber, Conseiller fédéral : Ajoutons qu'hier, au séminaire réunissant les coordinateurs de la Division de l'aide humanitaire, le chef de la coordination au Népal nous a remerciés de notre prise de position dans les affaires népalaises. Cela a renforcé sa position et celle de ses coopérants.

3. Orientierung über die europäische Integrationspolitik

3. Information sur la politique d'intégration européenne

Kellenberger: Zur Organisation der Verhandlungen. Das oberste Verhandlungsorgan ist das "high level negotiating group". Dann gibt es - eine Stufe tiefer - fünf globale Verhandlungsgruppen (Warenverkehr, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, Personenverkehr, flankierende Politiken, institutionell-rechtliche Fragen) und - nochmals eine Stufe tiefer - 31 Verhandlungsgruppen, die zurzeit erst innerhalb der Efta tätig sind (sie erarbeiten die gemeinsamen EFTA-Positionen).

Formell begannen die Verhandlungen am 20. Juni 1990, und zwar auf der Ebene des obersten Verhandlungsorgans. Zu einer zweiten Verhandlungsrunde auf der Ebene des obersten Verhandlungsorgans kam es am 24./25. Juli 1990. Zwischen diesen beiden Verhandlungsrunden des obersten Verhandlungsorgans hatten auch die fünf globalen Verhandlungsgruppen je eine Verhandlungsrunde.

Zum "Verhandlungsbeginn". In den beiden ersten Verhandlungsrunden bezogen die EG und die EFTA in allen Fragen noch einmal Position, und zwar verhältnismässig kantig. Zudem wurde Arbeit geleistet, die zum Teil schon in der Explorationsphase hätte geleistet werden müssen. Dazu gehört, dass man versuchte, in den Bereichen, in denen noch nicht klar ist, ob EG-Recht als gemeinsame Rechtsgrundlage in den EWR-Vertrag übernommen werden soll, die Positionen zu bereinigen. Das sichtbarste Ergebnis dieser beiden Verhandlungsrunden ist denn auch, dass die Identifizierung des relevanten EG-Rechts weitgehend abgeschlossen ist. Typische Bereiche, in denen diese Frage noch nicht geklärt werden konnte, sind staatliche Beihilfen und Energie. Zudem nutzten die EG und die EFTA diese Anfangsphase der Verhandlungen auch, um noch offene Fragen zu klären (schriftliche Fragen und Antworten).

Zu den Positionen der EG und der EFTA. Gemeinsam ist das Interesse, das sowohl die EG als auch die EFTA immer noch für einen ehrgeizigen EWR-Vertrag zeigen. Hingegen ist die EG in bestimmten Punkten hart geblieben: Das gilt für das EG-Recht als gemeinsame Rechtsgrundlage für den EWR, für die Ausnahmen der EFTA (die EG wird wahrscheinlich nur zeitlich befristete Ausnahmen akzeptieren), für die institutionell-rechtlichen Fragen (die EG hat ein sehr grosszügiges Konzept ihrer Entscheidungsautonomie, ein echtes gemeinsames Entscheidungsverfahren wird ein sehr harter Verhandlungspunkt sein).

Die EG hatte lange signalisiert, dass sie der Ueberwachung und Durchsetzung der EWR-Regeln im EWR-Raum grosse Bedeutung beimisst. Das ist zwar weiterhin der Fall, aber sie tut sich nun plötzlich sehr schwer mit der Idee eines unabhängigen Gerichtshofes. Der Bundesrat hat immer klar gesagt, dass der Inhalt des EWR-Vertrages und seine rechtliche und institutionelle Ausgestaltung eine Einheit bilden, dass die Verhandlungen darüber parallel geführt werden müssen. Es ist erfreulich, dass die EFTA in dieser Frage sehr zusammenhält, wir müssen aber feststellen, dass die EG eher danach trachtet, die beiden Fragen voneinander zu lösen und den Inhalt des EWR-Vertrages in den Vordergrund zu rücken.

Zur globalen Verhandlungsgruppe Warenverkehr. Für diesen Bereich hat die Schweiz keine ständigen Ausnahmen anbegehrt. Trotzdem werden die Verhandlungen sehr hart sein, insbesondere was den Schutz der Umwelt, die Gesundheit, die Sicherheit und den Verbraucherschutz anbelangt. Die EFTA will keine Harmonisierung nach unten, d.h., EG-Recht kann nicht Rechtsgrundlage für den EWR-Vertrag sein. Auch die Landwirtschaft wird in dieser Verhandlungsgruppe ein Thema sein: Für die EG ist der Zugang gewisser landwirtschaftlicher Produkte zum EWR-Markt sehr wichtig, es gibt aber dazu noch keine Liste. Die Schweiz wird sich allerdings auf den Standpunkt stellen, sie bezahle nicht am GATT-Fenster und am EWR-Fenster.

Was die Verhandlungsgruppe Dienstleistungen

und Kapitalverkehr anbelangt, ist das Schweizer Dossier sehr gut. Unsere Vorbehalte sind die Lex Friedrich (für die niedergelassenen Ausländer beim Personenverkehr, für die nicht niedergelassenen Ausländer beim Kapitalverkehr) und der Verkehr. Was den Verkehr anbelangt, verhandelt die Schweiz sowohl innerhalb der EWR-Verhandlungen als auch bilateral mit der EG. Wir versuchen, die bilateralen Verhandlungen möglichst rasch abzuschliessen und die Ergebnisse der bilateralen Verhandlungen in die EWR-Verhandlungen zu übertragen.

Zur Verhandlungsgruppe Personenverkehr.

Der wichtigste Vorbehalt der Schweiz ist selbstverständlich die Beibehaltung der Ausländerpolitik. Diesen Vorbehalt scheint die EG zur Kenntnis zu nehmen. Dafür ist die Schweiz bereit, auf allen Ebenen über die Beseitigung jedwelcher Diskriminierung von Staatsbürgern aus dem EWR-Raum gegenüber Schweizern (Zugang zu den Berufen, Diplome usw.) zu verhandeln.

Zur Verhandlungsgruppe über die zwölf flankierenden Politiken. Hier sind die heikeln Dossiers das Gesellschaftsrecht und die Sozialpolitik. Aber ich sehe Lösungsmöglichkeiten.

Die globalen Verhandlungsgruppen werden alle Verhandlungen zwischen Anfang und Mitte September führen - wenn der Zeitplan eingehalten werden kann. Das oberste Verhandlungsorgan wird das nächste Mal am 20./21. Dezember 1990 tagen.

Frey Walter: Ich nehme nicht an, dass die Verhandlungen noch dieses Jahr abgeschlossen werden können.

Mühlemann: Ich war Ende Juni in Brüssel und führte ein zweieinhalbstündiges Gespräch mit Jacques Delors. Er war sehr klar und dezidiert: Der Binnenmarkt werde Ende 1992 beendet sein (delegiert an den Kommissar Martin Bangemann). Die Europäische Währungsunion mit einer Zentralbank und einer

europäischen Währung werde - auch gegen den Willen Grossbritanniens und wenn nötig mit neun statt zwölf Staaten - durchgesetzt (delegiert an die Kommissarin Christiane Scrivener). Die Verhandlungen über den EWR seien an den Kommissar Frans Andriessen delegiert. Jacques Delors selber beschäftige sich mit der politischen Union.

Als Ausnahmen für die Schweiz sähe er die Landwirtschafts- und die Ausländerpolitik, nicht aber den Verkehr. Wir müssen bei unserem Besuch in Brüssel versuchen, auf sehr hohen Ebenen Kontakte aufzunehmen, um zu fühlen, wie die Stimmung ist.

Kellenberger: (Zu Mühlemann) Die Priorität der EG ist ihre eigene Festigung und ihre Rolle als Hauptbaumeisterin der neuen Architektur Europas. Dass Jacques Delors die Frage des EWR an den Kommissar Andriessen delegiert hat, gereicht uns wahrscheinlich zum Vorteil, weil Frans Andriessen sehr viel Verständnis hat für die Rolle der mittleren und kleinen europäischen Staaten.

(Zu Frey Walter) Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Verhandlungen dieses Jahr abgeschlossen werden können. Das liegt am Umfang der Probleme, aber auch daran, dass die EG im institutionellen Bereich sehr zögert, weil sie gegenwärtig schon in Begriff ist, die Konferenz über die politische Union vorzubereiten und weil ihr das Europäische Parlament genau auf die Finger sieht wegen seiner neuen künftigen Rolle.

Frau Segmüller: Ich habe Ende Juni in Luxemburg im Rahmen der Europäischen Demokratischen Union an einer Konferenz von EG- und EFTA-Parlamentariern und Parlamentariern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten teilgenommen. Mir ist aufgefallen, dass eigentlich nur über die politische Union und die Frage der Integration Ost- und Mitteleuropas gesprochen

wurde, aber nicht über den EWR. Das hat mich, was die Aussichten des EWR anbelangt, nicht sehr optimistisch gestimmt.

Frau Grendelmeier: Ich habe dieselbe Beobachtung im Europarat gemacht: Viele meiner Kollegen - auch aus EG-Mitgliedstaaten - wissen nicht einmal, was "EWR" heisst.

M. Segond : On a la même impression dans les cercles militants européens. A l'Union européenne, nous comparons les comptes-rendus par les journalistes suisses du Palais fédéral et par ceux de Bruxelles. La tonalité est différente : l'attitude des journalistes du Palais fédéral est plus positive que celles des journalistes de Bruxelles, plutôt négative.

M. Felber, Conseiller fédéral : Ces observations ne sont pas surprenantes. Ainsi, mes homologues des communautés me disent ne pas être au courant des négociations. De ce fait, les Etats membres ont demandé à assister aux négociations. On ne peut donc pas attendre des parlementaires qu'ils en sachent plus que les ministres eux-mêmes.

J'ai la même impression que M. Segond à propos de Bruxelles : il y règne une image générale de ville de la CEE, et les problèmes de l'AELE sont vus comme peu importants. Je vous conseille cependant de lire l'analyse de M. Duverger dans "Le lièvre libéral et la tortue européenne", qui sépare les pays du Nord de l'AELE et affirme que la CE devra intégrer la Suisse et l'Autriche. Cette approche est intéressante, mais elle ignore aussi le traité sur l'EEE. Cette question a été traitée à la CE par les technocrates, et non par les milieux politiques.

Frey Walter : (zu Felber) Ist der Bericht, den Sie angekündigt haben, schon erschienen ?

M. Felber, Conseiller fédéral : La rédaction est terminée et le rapport doit être encore soumis aux différents organes départementaux fédéraux. Le Conseil fédéral doit enfin l'adopter. Il sera prêt pour la session de décembre.

4. Aktualitäten4. ActualitésIKRK-Aktivitäten im Libanon; Geiselnahmen
Activités du CICR au Liban; prises d'otages

M. Felber, Conseiller fédéral : Rappelons les événements survenus au cours des 10 mois qu'a duré la détention des deux otages du CICR. Le 6 octobre 1989, les deux orthopédistes du CICR du centre de Saïda Sidon ont été enlevés. Le jour même, le CICR et le DFAE ont constitué des cellules de crise destinées à ouvrir des contacts, à attendre des questions ou des réponses, et à obtenir par tous les moyens disponibles la libération sans condition des deux otages.

Soulignons d'abord que d'entente avec le CICR, le DFAE a choisi de laisser celui-ci diriger toutes les opérations. Le DFAE l'a fait pour la raison évidente que s'il s'agissait d'otages suisses, ce qui impliquait la participation du DFAE, mais il s'agissait d'abord de délégués du CICR, dont les missions humanitaires se trouvaient ainsi bafouées partout dans le monde, et précisément au Liban. Au cours de ces dix mois, les deux cellules de crise s'informaient mutuellement, la cellule de crise du DFAE agissant au niveau diplomatique.

D'un commun accord nous avons analysé quels chefs d'Etats, quels mouvements politiques pourraient avoir quelque influence sur des groupes libanais. Cependant il est à souligner que ces rapt d'otages sont le fait de bandits qui n'ont rien à voir avec des revendications politiques. Ni le CICR, ni le DFAE n'a donc eu de contact avec les ravisseurs. Ces derniers n'ont jamais exprimé aucune revendication et nous n'avons eu aucune invitation à entrer en négociations.

Pendant ces dix mois, le CICR a multiplié les déplacements des membres de sa cellule de crise, à la tête desquels se trouvait M. A. Pasquier, représentant spécial du président du CICR. Celui-ci s'est rendu de nombreuses fois au Liban, en Lybie, en Iran, en Syrie et a rencontré des représentants de l'OLP en demandant de l'aide. Le DFAE a engagé le même type de démarches au niveau diplomatique auprès des gouvernements syrien, algérien, et auprès de l'OLP. M. l'ambassadeur Simonin était chef de la cellule de crise. Un de ses collaborateurs n'a cessé pendant 10 mois de s'occuper du dossier des otages.

Au bout de quelques mois, nous avons obtenu plusieurs éléments positifs : d'abord, le gouvernement iranien a officiellement condamné les prises d'otages, demandant la libération de tous les otages, et particulièrement celle des deux représentants du CICR. Il s'agissait de la première prise de position d'un gouvernement arabe influent auprès de certains groupes politiques au Liban. Ensuite, le gouvernement lybien a réagi à son tour dans une condamnation publique analogue et a demandé la libération de ces deux otages. La déclaration de M. Khaddafi a entraîné celle du Groupe du Fatah d'Abou Nidal, qui a fait la même déclaration deux jours après. Cela a permis de supposer qu'aucun groupe politique n'était impliqué dans la prise d'otages. En outre, dans le cadre des Nations unies, à Genève, M. l'Ambassadeur Simonin a rencontré M. Arafat pour lui demander l'aide de l'OLP. La prise de position de ce dernier a été analogue à celles énoncées ci-dessus.

Il est à noter que de telles affaires se trouvent immédiatement saisies par des vautours qui annoncent leur disponibilité, promettant d'aider à la libération des otages. Il faut à chaque fois contrôler ces contacts, ce qui explique que de nombreux voyages ont été entrepris au Liban. La plupart de ces contacts se sont révélés décevants, et l'on a parfois constaté qu'il s'agissait de bandits de haut vol.

- 26 -

Au mois de juin 90, le gouvernement iranien a communiqué à notre ambassadeur à Téhéran que la libération des deux otages du CICR était imminente. En juillet, cette nouvelle a été confirmée. Le 2 août, M. R. Dumas, ministre des Affaires étrangères de France, m'a informé qu'après la libération de M. Nacache, lors de ses contacts avec le gouvernement iranien où il demandait la libération de tous les otages, ce dernier l'avait assuré que les otages suisses seraient libérés les premiers. Le matin du 7 août, notre chargé d'affaires en Lybie a été convoqué au ministère des Affaires étrangères et s'est vu annoncer la libération le soir même des deux otages. En même temps, l'ambassadeur de la Lybie auprès de l'ONU à Genève a fait la même annonce au CICR. A ce moment, nous n'avons plus eu aucune nouvelle, si ce n'est le message du "Groupe des fractions révolutionnaires palestiniennes" que personne ne connaît. Le communiqué était manuscrit en langue arabe, et promettait le transport des otages en Syrie, où le gouvernement nous les transmettrait officiellement dès leur arrivée à Damas.

Entretemps, un seul des otages a été libéré, ce qui a été une source d'inquiétude supplémentaire. De nouveaux contacts ont repris, et cinq jours après, la deuxième libération a eu lieu. En fait, il y avait eu des remous au Liban, où certains groupes politiques contestaient cette libération, craignant que l'on ne les crût impliqués dans cette affaire de rapt d'otages. Les ravisseurs ont donc été obligés, après l'intervention du groupe Abou Nidal, d'annoncer qu'ils n'avaient aucun rapport avec ce dernier ni avec aucune organisation palestinienne connue.

Pourquoi les différents pays impliqués ont-ils insisté sur le CICR ? L'Iran souhaite l'intervention toujours plus engagée du CICR pour libérer ses prisonniers de guerre en Irak. La Lybie demande l'appui ferme du CICR pour libérer ses prisonniers de guerre au Tchad, ce qui est encore en tractation. L'OLP et l'Algérie essaient d'obtenir du CICR et de la Suisse que les prisonniers palestiniens en Israël soient libérés. Ces pays ont donc besoin du CICR et se sentent dans l'obligation morale de l'appuyer.

Cette affaire s'est déroulée sans que nous ayons eu quelque contact avec les ravisseurs. Tout s'est passé de façon totalement indirecte, et c'est ce que la presse et le public ont de la peine à croire.

La Syrie joue le rôle de récipiendaire des otages libérés. Les otages étaient à Beyrouth, et nous ne saurons jamais quel est le rôle exact de ce pays dans une telle opération. Elle n'intervient jamais sur place, mais nous nous demandons dans quelle mesure elle ignore le lieu de détention des otages.

Les deux otages, MM. Christen, 33 ans et Erriquez, 24 ans, ont toujours été détenus ensemble. Ils ont été transportés de Saïda à deux endroits différents dans des coffres de voiture fermés à clef, les yeux bandés, et ont dû supporter l'attente ainsi enfermés pendant plusieurs heures au soleil. En ces occasions, ils ont cru mourir, tellement les conditions étaient insupportables. Le dernier lieu de leur détention a été Beyrouth. Les otages ont vécu les 10 mois continuellement enchaînés, les yeux ouverts mais sans voir la lumière du jour. Ils n'ont eu aucun exercice physique, la chaîne étant parfois fixée au plafond. Ils avaient droit à 3 repas par jour, les gardiens changeaient souvent et ne parlaient pratiquement aucune autre langue que l'arabe. Quelques livres en anglais ont été mis à leur disposition. La barrière linguistique entre les deux otages a été levée car M. Christen a appris le français pendant sa détention.

- 27 -

Heureusement, les prisonniers ont été déprimés à tour de rôle, ce qui leur a permis de s'épauler mutuellement. Mis à part les conditions pénibles de transport, ils n'ont jamais été maltraités physiquement. Le 6 janvier 1990, ils se sont vus présenter un poste de télévision et ont vu leurs familles, sans comprendre toutefois ce qui se passait, l'émission étant en arabe. Puis le poste leur a été rapidement retiré. Leur souffrance psychique a donc été très forte et ces deux jeunes gens se sont trouvés profondément marqués par cette expérience.

Jamais, rappelons-le, le Conseil fédéral ni le CICR n'ont accordé la moindre somme d'argent et tenaient à ce que cette intention de ne rien concéder fût connue. Les autres pays impliqués n'ont pas demandé quoi que ce soit en réciprocité. Nous avons aussi pris contact avec des pays qui ont des otages au Liban - certains depuis 5 ans - pour faire appel à leur expérience, et nous comptons leur faire part de la nôtre en échange.

M. Christen, à son arrivée à Zurich, était extrêmement affecté d'avoir été libéré seul. Il a eu le courage de demander la libération de M. Erriquez, le plus jeune, à sa place. Heureusement, lorsque M. Christen a été emmené, M. Erriquez n'a pas compris la situation, croyant qu'il s'agissait d'une séparation. M. Christen est retourné à Damas pour accueillir son camarade, tenant à être avec lui pour son arrivée en Suisse.

Nous allons analyser la situation, mais il faut avoir présent à l'esprit que le CICR a encore 18 délégués au Liban. Le CICR a pris la précaution de retirer ses délégués de Saïda et de Tyr et les a remplacés par des employés locaux du Sud Liban. La décision la plus difficile que doit maintenant prendre le CICR porte sur le maintien ou non de son action au Liban. Antérieurement, à l'occasion de l'affaire Winkler, le CICR avait retiré ses délégués du Liban et négocié leur retour contre l'engagement qu'il ne fût plus pratiqué d'enlèvements. Les groupes connus ont donné ces garanties, mais on ne peut pas garantir l'honnêteté de groupes individuels composés de bandits. Le Liban abrite encore quelques "paumés" chassés de l'OLP ou du groupe Abou Nidal, qui ne sont plus contrôlés et sont prêts à faire n'importe quoi pour survivre.

Präsident: Im Namen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten danke ich dem IKRK und dem EDA für ihre Bemühungen um die beiden Geiseln des IKRK. Möglicherweise hat auch der Brief der Bundesversammlung an die Parlamente des Nahen Ostens eine gewisse Wirkung gezeitigt.

Auer: Ich möchte dem IKRK und dem EDA für ihre Bemühungen um die beiden Geiseln des IKRK danken.

Für eine Entführung gibt es zwei mögliche Motive: Geld (Entführung von Geschäftsleuten) oder Politik. Was ich am meisten gefürchtet hatte, war das politische Motiv der Freilassung Hariris. (Zu Felber) Von welchem Zeitpunkt an hatte das EDA einen Beweis, dass die beiden Geiseln noch lebten?

Arafat, Gaddafi und Teheran hatten es zwar versichert, aber lange gab es keinen Beweis. Deshalb nehme ich an, dass die Entführer einer Splittergruppe angehörten, die zwar gewisse Kontakte hatte, aber nicht von den "offiziellen" Splittergruppen beherrscht wurde.

Welches sind die Konsequenzen dieser Geiselnahme für uns Parlamentarier? Je weniger von einer Geisel gesprochen wird, desto weniger interessant wird sie. Eine öffentliche Kampagne dient Geiseln nicht. Meines Erachtens haben die Pressekampagnen und Demonstrationen - mit Ausnahme derjenigen in Beirut - der Sache geschadet.

Auch wenn die Geiselnahmer Geld erhalten hätten, und das haben sie vermutlich, müsste die Schweiz das abstreiten, um nicht für die nächste Entführung ein Präjudiz zu schaffen. Auch die Pressekampagne darüber, ob und wieviel Geld die Geiselnahmer erhalten haben, schadet also der Sache.

M. Cevey : Pour compléter les questions intéressantes posées par M. Auer, je soulignerai que certaines questions se posent dans la recherche des faits. Ainsi, comme dans toute affaire judiciaire, l'on peut se demander à qui profite le crime. S'il y a versement d'argent, tout est clair. Mais à qui une situation aussi exceptionnelle peut-elle profiter ? Sans soupçonner qui que ce soit, je me demande si les pays mis en jeu n'avaient pas avantage à créer cette situation pour ensuite apparaître comme des gouvernements au grand coeur qui nous ont été dépeints ? J'admets qu'il soit difficile de répondre à cette question, mais j'ai de la peine à croire que l'on a affaire aux seuls intérêts de simples bandits.

D'autre part, cette libération, qui aurait pu être pour la Suisse l'occasion d'un immense soulagement collectif, a été ternie par le fossé créé par une certaine presse entre le gouvernement et le CICR, d'une part, et d'autre part, l'opinion publique. Certains journalistes ont trop facilement accordé du crédit à de simples suppositions, laissant entendre que la cellule de crise du DFAE n'avait fait son travail, que le CICR avait à un certain moment rompu les contacts à mauvais escient, etc.

Dans un tel contexte, je me permets une suggestion : pendant la deuxième guerre mondiale, certains membres du Conseil fédéral, ayant le souci de faire passer des informations impossibles à dire en conférence de presse, réunissaient les rédacteurs en chef de certains journaux pour leur expliquer des détails qui ne pouvaient pas être exposés publiquement. N'auriez-vous pas avantage, maintenant que les otages sont libérés, à réunir les responsables des journaux en leur demandant que les renseignements donnés ne soient pas divulgués dans la presse ? Cela permettrait que certains débordements irresponsables ne se produisent, comme cela a été le cas dans certaine presse, ou à l'arrivée des otages, à l'encontre du CICR ou du DFAE.

Frau Grendelmeier: (Zu Felber) Wäre es möglich, für solche Geiselnahmen Szenarien zu entwickeln, vor allem für die Presse, wie das Herr Cevey vorgeschlagen hat? Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Information, die Frage ist nur, auf wieviel Information, damit der Sache nicht geschadet wird und nicht blankem Voyeurismus Vorschub geleistet wird.

Wenn die Geiselnnehmer Geld erhalten haben, muss zu einer Notlüge gegriffen werden - im Interesse der Sache. Wäre es möglich, dass sich die Vertreter des EDA beispielsweise mit Chefredaktoren zusammensetzten, um ihnen diese und andere Schwierigkeiten auseinanderzusetzen?

Wäre es nicht möglich gewesen, wenigstens den ersten Kontakt der freigelassenen Geiseln mit ihren Familien unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu organisieren? Wir haben kein Anrecht auf die Tränen der Familien und der Betroffenen. Wie fühlt sich wohl eine freigelassene Geisel, die zehn Monate lang kein Tageslicht gesehen hat und sich in ihrer Sprache kaum noch ausdrücken kann, vor so vielen Kameras, fragenden Journalisten und Zuschauern?

Wie war der Kontakt des EDA zu den Angehörigen der Geiseln? Einerseits können Angehörige und Freunde eine Gefahrenquelle sein, andererseits haben gerade sie ein Recht, informiert zu werden. Gibt es für solche Kontakte eine Regel? Und wenn ja: Müsste man sie überprüfen und anpassen?

Auch ich möchte allen Mitarbeitern des IKRK und des EDA für ihre Bemühungen um die beiden Geiseln sehr herzlich danken.

Frau Bäumlín: (Zu Felber) Wie stellt sich die offizielle Schweiz zu den Geiseln, die auch heute noch im Libanon gefangen sind? Es sollte vermieden werden, dass sich jedes Land nur um seine Geiseln kümmert.

Besteht ein Zusammenhang zwischen der Freilassung der Geiseln des IKRK und der Kuwait-Krise? Gab es auch Kontakte zum Irak? Mit andern Worten: Hat das EDA die

Situation des gesamten Nahen Ostens berücksichtigt, oder hat es sich einzig auf die Befreiung der beiden Geiseln des IKRK konzentriert?

Frey Walter: Ich möchte dem EDA einen Tip geben für seine - in solchen Situationen besonders schwierige - Öffentlichkeitsarbeit: Es könnte - in solchen besonderen Fällen - seine Pressecommuniqués in den wichtigsten Zeitungen in der Form von Inseraten veröffentlichen.

Präsident: Gemäss der heutigen Ausgabe der "Bündner Zeitung" sollen den Geiselnern 7,15 Millionen Schweizer Franken bezahlt worden sein, die Angabe soll der Beiruter Tageszeitung "Al-Anwar" entnommen sein, und gemäss der "Télévision de la Suisse romande" soll ein Palästinenser, Abed Saabarbar, Kopf der Geiselnahme gewesen sein. Wie zuverlässig sind solche Meldungen?

M. Felber, Conseiller fédéral : Pour nous qui lisons évidemment tous les journaux, nous pouvons conclure que toutes ces nouvelles sont fausses. Chacun y va de son renseignement, sans contrôler la source. Nous avons nous-mêmes plusieurs fois dû faire enquête pour constater que les renseignements communiqués étaient faux.

A propos des comités de soutien et du rôle de la presse, le gouvernement Suisse et le CICR sont probablement les organes qui ont le plus souvent fait part de leurs démarches au public. Les autres Etats - USA, Allemagne, France - ne disent rien, si on les compare avec la Suisse. Ici, une certaine presse investigatrice cherche à forcer l'attention du public et prouver qu'elle dispose de meilleurs renseignements. Rappelons qu'au mois de janvier, j'ai réuni la presse du Palais fédéral en demandant que l'on cesse de donner de fausses informations qui pourraient porter atteinte à la sécurité de nos otages. La semaine dernière, le groupe Abou Nidal a manifesté un fort mécontentement en constatant que certains journaux l'accusaient de cet enlèvement. La presse suisse a respecté cette demande à l'exception d'une certaine presse à sensation sans scrupules.

(à M. Cevey) Des discussions "background" ont eu lieu avec des rédacteurs en chef sérieux qui ont ainsi contribué à apaiser la presse, notamment alémanique. Des bruits circulaient du côté des comités de soutien de M. Erriquez. Ces comités de soutien sont bénéfiques lorsqu'ils font appel à la solidarité de chacun. Mais ils sont néfastes lorsqu'ils se mettent à accuser, et la famille de M. Christen s'est d'ailleurs désolidarisée d'eux, ayant décidé de faire confiance aux autorités chargées de l'affaire.

(à Mme Grendelmeier) Votre suggestion d'un accueil secret ne correspond pas à l'habitude de la Suisse. Nous avons voulu être plus ouverts. Cependant, nos otages ne sont pas arrivés en Suisse immédiatement. A Damas, ils ont été pris en charge par un psychologue du CICR, M. Furrer, délégué général sur place, ainsi que par le médecin de confiance de l'ambassade de Suisse. Notons que les deux otages ne savaient rien de ce qui s'était passé en Suisse et dans le monde pendant leur détention. Pendant le voyage de retour, ils ont été préparés en vue de leur descente d'avion, qui a été insupportable. Les psychiatres connaissent ce type d'agression que constitue cet accueil à l'arrivée, qui plonge les otages dans la peur. Le côté public de la libération nous a empêchés de les soustraire immédiatement, mais nous l'avons fait le plus vite possible.

(à Mme Bäumlín) Nous avons pris une position claire en ce qui concernait les autres otages : aux deux conférences de presse de Zurich et de Genève, le CICR et le CF ont demandé la libération de tous les otages. Nous avons dit que nous sommes prêts à aider tous les pays qui ont encore des otages en leur communi-quant tous les renseignements dont nous disposons, et que nous sommes également prêts à intervenir auprès des gouvernements qui nous ont aidés pour qu'ils interviennent de la même façon en vue de la libération des otages. Notre pays est engagé dans un exercice plus vaste d'échange de prisonniers - de guerre ou politiques - et d'otages au Moyen-Orient.

M. l'ambassadeur Simonin En ce qui concerne les preuves données quant aux otages, le CICR reçut des photos. En ce qui concerne leur identité, le CICR a posé des questions auxquelles les otages seuls pouvaient répondre. Les premières preuves irréfutables ont pu être apportées en juillet dernier.

- 32 -

Frey Walter: Wir könnten im heutigen Pressecommuniqué zum Ausdruck bringen, dass wir von den detaillierten Erklärungen des Bundesrates zu den Geiselnahmen befriedigt sind und dem IKRK und dem EDA unseren Dank für ihre sorgfältige und kontinuierliche Arbeit aussprechen möchten.

Mühlemann: Das IKRK und das EDA haben sehr gute Arbeit geleistet.

Präsident: Der Bundesrat kann, wenn er das wünscht, zu dieser Sache vor dem Plenum eine Erklärung abgeben.

ev. weitere Themen
autres thèmes éventuels

Irak

M. Felber, Conseiller fédéral : La décision qu'a prise le Conseil fédéral est grave dans cette affaire qui peut avoir, en Europe et dans le monde, des effets difficiles à mesurer aujourd'hui.

Après l'invasion du Koweït par les troupes irakiennes, le Conseil fédéral a été informé du projet de Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU dans la journée du lundi 6 août 1990. Nous l'avons prié de se déterminer quant à la position que prendrait la Suisse après l'adoption de cette Résolution. En fin de journée, le Conseil fédéral a décidé d'accepter le principe de s'associer aux mesures que prendrait le Conseil de sécurité et a chargé le DFAE de préparer une proposition manifestant sa volonté de réagir rapidement. Le même soir, les membres du CF ont reçu un projet d'Ordonnance reprenant tous les éléments du projet de résolution ONU accompagné des commentaires destinés à justifier les engagements ultérieurs.

Le 7 août à 6 heures du matin, peu après l'adoption à New York de cette résolution dont le texte définitif nous a été adressé par notre mission, le Conseil fédéral a décidé par téléphone d'adopter l'ordonnance proposée d'associer la Suisse aux mesures décidées par l'ONU. La Résolution invitait d'ailleurs les pays non membres à s'y joindre.

Notre décision a été prise de façon clairement autonome parce que nous ne sommes pas membres de l'ONU, et que nous ne sommes pas associés à son processus de décisions. La préparation d'une telle prise de position doit être minutieuse, tenir compte des aspects juridiques, politiques et économiques. Des documents analysant ces différents aspects ont été présentés au CF au cours de la nuit de sa décision.

Le problème qui se posait était le suivant : la première fois, le Conseil de sécurité unanime décide de condamner un Etat qui viole d'une manière flagrante les lois élémentaires du droit international. La communauté internationale n'aurait pas compris que notre pays, impliqué dans l'activité internationale, ne s'associe pas à ce type de mesure. Du point de vue du droit de la neutralité, en cas de conflit armé ou de guerre, l'Etat neutre doit respecter les règles du droit de neutralité, comme cela est stipulé notamment dans le 5ème Accord de La Haye de 1907 concernant les droits et les devoirs des puissances neutres et des personnes en cas de guerre terrestre. C'est ainsi qu'il ne doit accorder aucun soutien financier, ne pas livrer d'armes ni de munitions. En revanche, dans ces accords, il n'existe aucun devoir de neutralité en matière économique. Par exemple, ils n'ont aucun devoir de maintenir des relations économiques avec des nations en conflit. Si une participation à des sanctions militaires n'est absolument pas compatible avec la neutralité, il est par contre parfaitement acceptable que sous certaines conditions, un Etat neutre prenne des mesures économiques. Cela relève en première ligne de sa politique étrangère et de neutralité.

Le cas présent se distingue fondamentalement des situations analogues dans lesquelles la Suisse a été invitée à prendre des mesures économiques. En envahissant militairement le Koweït, l'Irak a violé l'interdiction de violence stipulée dans

le droit public international coutumier ainsi que dans l'article 2 de la Charte des Nations-unies. Cette interdiction de violence prévoit que tous les Etats renoncent, dans leurs relations internationales, à toute menace ou acte de violence envers l'intégrité territoriale ou l'indépendance politique d'un Etat. L'Irak a violé ce principe du droit fondamental des individus.

Contrairement à ce qui a été le cas pour l'Afrique du Sud, pour l'Afghanistan ou le conflit des Malouines, la communauté des Etats, dans le cas particulier, est unanime, à quelques exceptions près, à condamner l'Etat responsable du viol du droit et à prendre des mesures économiques à son encontre. La communauté internationale exige donc une application universelle des mesures économiques, et la Suisse ne peut se permettre de demeurer à l'écart. Elle aurait de toute manière été soumise aux mêmes pressions économiques et aurait couru le risque de devenir une plaque tournante pour contourner les mesures prises par les autres pays. Un principe de notre politique de neutralité veut que chaque partie en conflit soit traitée à égalité. Cela n'est pas le cas en l'occurrence, vu la disparité de ces parties : nous avons d'une part, un Etat qui viole le droit des individus, et d'autre part, il y a la communauté des Etats.

Dans d'autres cas de sanctions, on pratique ce que l'on appelle le "courant normal", que l'on fixe à la moyenne représentative des échanges au cours des années précédentes. Le courant normal, dans ce cas de conflit, paraissait insuffisant. La politique de neutralité, comme toute politique, est une politique d'intérêts. A chaque décision politique, nous devons mesurer quels sont les intérêts de notre pays face aux positions qui ont été prises par les autres pays. Cette politique sert les intérêts suisses à l'étranger. Elle sert aussi à faire valoir l'image de la Suisse. Et si la Suisse, en l'occurrence, ne prenait pas de sanction économique à l'encontre de l'Irak, elle se serait placée, aux yeux de l'entière communauté internationale, aux côtés de l'Etat violateur du droit. Une telle attitude n'aurait pas été comprise, ni à l'intérieur du pays, ni à l'étranger. Notre image serait gravement atteinte à l'échelon mondial. La politique de neutralité de la Suisse aurait perdu de sa crédibilité.

Cela ne signifie pas que le Conseil fédéral va suivre toutes les décisions qui seront prises par des groupes de pays à l'encontre d'autres pays. Nous devons chaque fois peser nos intérêts réels en politique étrangère, sur les plans juridique et économique. Parallèlement, nous avons annoncé notre disponibilité pour de bons offices. Le but de cette opération, c'est d'amener l'Irak à retirer ses troupes du Koweït, à rétablir la normalité dans ce pays, et à engager l'agresseur et l'agressé à régler le différend qui les oppose. Dans la Résolution, le secrétaire général de l'ONU est chargé d'intervenir lui-même dans ce sens, et il va de soi que la Suisse serait alors prête aussi à se mettre à disposition.

Pendant cette nuit, nous avons maintenu des contacts avec nos deux ambassades de Bagdad et de Koweït afin de savoir quelles possibilités d'évacuation rapide se présentaient. Il y a dans ces deux pays 123 de nos concitoyens. Des mesures d'évacuation avaient été prises avant publication de la décision du Conseil fédéral. Nous avons reçu l'assurance formelle qu'ils n'avaient pas été touchés. Le seul élément négatif, c'est que l'Irak viole les conventions signées avec la Suisse. Par exemple, Swissair n'est plus autorisée à atterrir à l'aéroport de Bagdad. Par contre, l'Irak continue à nous demander à autoriser sa compagnie d'aviation à Genève. Avant-hier, les représentants irakiens nous ayant demandé de laisser les citoyens de leur pays rentrer chez eux sur un vol irakien, nous avons demandé la réciprocité, à savoir de laisser les Suisses sur territoire irakien rentrer librement chez eux en autorisant la compagnie Swissair atterrir dans leur aéroport.

Mühlemann: Ich bin nicht sicher, ob der Entscheid des Bundesrates, sich den wirtschaftlichen Sanktionen der Vereinten Nationen anzuschliessen, richtig war. Ich habe viel Verständnis für diesen Entscheid, aber wenn die schweizerische Neutralitätspolitik zu einem Zickzackkurs, zu einer differentiellen Neutralitätspolitik wird, verliert die Schweiz an Glaubwürdigkeit: Sie hat sich wahrscheinlich die Chance verscherzt, in diesem Konflikt als Vermittlerin angerufen zu werden, und auch die Tatsache, dass die Swissair Bagdad nicht mehr anfliegen darf, ist sehr bedauerlich.

(Zu Felber) Es erleichtert mich zu hören, dass der Entscheid des Bundesrates, sich den Sanktionen der Vereinten Nationen anzuschliessen, keine grundsätzliche Wende in der schweizerischen Neutralitätspolitik bedeutet, sondern ein Entscheid für einen Fall ist. Die Aeusserungen Herrn Staatssekretär Jacobis - ich habe sie der Presse entnommen - deuteten ja auf eine Art Wende in der schweizerischen Neutralitätspolitik hin. Das beunruhigte mich, denn es schiene mir nicht richtig, wenn nun - mitten in den heikelsten Verhandlungen über den EWR - ein grundsätzliche Diskussion über die schweizerische Neutralitätspolitik aufbrechen würde: Das würde den Befürwortern eines EG-Beitrittes den Rücken stärken und die Gegner des EWR auf den Plan rufen. Zudem kann der Bundesrat ohne das Einverständnis des Parlaments keine Wende in der Neutralitätspolitik beschliessen, denn gemäss Bundesverfassung ist das Parlament massgeblich für die Neutralitätspolitik verantwortlich.

M. Petitpierre : Je voudrais partiellement tempérer le point de vue de M. Mühlemann. Il ne s'agit pas en effet d'un tournant de notre politique de neutralité, mais nous sommes dans une situation que jadis l'on dénommait "neutralité impossible". Quand l'ensemble des nations s'oppose au comportement contraire au droit international d'une nation, rester neutre est impossible, faute de quoi le fait de ne pas prendre position est interprété comme un appui à l'Etat violateur du droit international.

Notre politique de neutralité est une politique d'intérêts, certes, encore faut-il avoir une notion large de ceux-ci. Il est toujours injustifié, dans ce domaine comme dans d'autres, de vouloir absolument poser nos intérêts d'abord, et notre intérêt est bien de décider ce que dicte la morale internationale.

D'autre part, je suis d'avis que l'on parle trop de bons offices, et que nous ne devons les proposer comme de la pacotille. La marchandise est dépréciée par le fait qu'on l'offre trop souvent.

Enfin, il n'est pas juste qu'en prenant position, on se sente indisponible pour remplir certaines fonctions telles qu'héberger d'autres personnes, par exemple. L'exemple nous est donné par d'autres pays qui ont adopté une position dure. C'est en définitive ceux qui inspirent confiance dans une situation donnée qui peuvent fonctionner comme intermédiaires et rendre service.

Après avoir écouté M. Mühlemann, je soutiens les mesures prises par le Conseil fédéral et je suis convaincu que ce n'est pas le début d'une politique louvoyante.

Frey Walter: (Zu Felber) Es ist sehr wichtig, dass Sie den falschen Eindruck, in der Neutralitätspolitik habe eine Wende stattgefunden, bekämpfen. Sind Sie bereit dazu?

Bircher: (Zu Mühlemann) Die langsame Oeffnung der Neutralitätspolitik hat sich über sehr viele Jahre hinweg abgezeichnet (Max Petitpierre, 1966 Politik des "courant normal" gegenüber Rhodesien). Zudem macht auch die Europapolitik eine Lockerung der Neutralitätspolitik notwendig.

M. Cevey : Nous aurons un débat, c'est inévitable, et il sera important en qualité et en quantité.

D'ici la session - peut-être y aura-t-il une interpellation de notre commission - il se passera des événements. Il faudrait réfléchir aux implications que comporteraient par exemple un embargo ou un blocus, ou d'éventuels faits de guerre, ou un apaisement. Comment allons-nous réagir ?

En matière de neutralité, il se pose un problème juridique difficile et l'opinion publique semble réservée. Il est néanmoins juste de se référer à la Convention de La Haye de 1907. Sur le plan intérieur, il faudrait rappeler que nous ne sommes pas à un tournant, que nous tenons au maintien de la neutralité, car si les négociations EEE aboutissent, certaines incompréhensions pourraient tourner l'opinion contre le Gouvernement. Sur le plan extérieur, je m'associe aux propos de M. Petitpierre, qui a judicieusement rappelé le cas de neutralité impossible.

Enfin, il me semble qu'il serait bon que le Gouvernement fasse des déclarations, tant à destination intérieure qu'extérieure. Il suffit de lire l'histoire de la Suisse au cours des 60 dernières années pour se convaincre de la nécessité de telles déclarations.

Frau Segmüller: Ich möchte meine Genugtuung über den raschen und klaren Entscheid des Bundesrates ausdrücken.

Neutralität ist nicht ein Zweck an sich, sondern ein Mittel, ein Instrument. Sie muss den Umständen entsprechend interpretiert werden. Das ist kein "Zickzackkurs", sondern eine den Umständen angepasste Politik.

Ich beantrage, dass die Kommission in dieser Sache eine dringliche Interpellation einreicht, damit im Plenum eine offene und differenzierte Debatte stattfinden kann.

Frau Grendelmeier: Neutralitätspolitik ist keine heilige Kuh, keine Religion, sondern Interessenpolitik. Der Bundesrat hatte gar keine andere Möglichkeit, er musste diesen Entscheid treffen, sonst hätte das Image der Schweiz in der Welt sehr gelitten, und das könnte sich die Schweiz - gerade im Hinblick auf EWR und EG - nicht leisten. Eine grundsätzliche Diskussion über die Neutralität ist nicht nur unvermeidlich, sie ist auch notwendig.

Rychen: Der Entscheid des Bundesrates war richtig - für diesen Fall (offensichtliche und krasse Verletzung des Völkerrechts). Die Schweiz muss über ihre Neutralitätspolitik von Fall zu Fall neu bestimmen können, dieser Entscheid darf nicht eine neue Neutralitätspolitik begründen oder gar ein Freipass sein für absolut synchrones Handeln mit dem UNO-Sicherheitsrat. Bei innenpolitischen Konflikten beispielsweise - ich denke an Südafrika - scheint mir die bisherige Neutralitätspolitik der Schweiz angemessen.

Burckhardt: Ich kann mich Herrn Rychen anschliessen. Der Bundesrat musste - schon aus moralischen Gründen - so entscheiden, wie er entschieden hat, und der schweizerischen Neutralitätspolitik hat er damit keinen Abbruch getan.

Mühlemann: Ich habe sehr viel Verständnis für den Entscheid des Bundesrates, aber die Schweiz könnte sich Chancen verbauen im Bereiche der guten Dienste. Ich bin ein grosser Anhänger der Neutralitätspolitik alt Bundesrat Petitpierres, der die Formel "bewaffnete Neutralität und Solidarität" geprägt hat. Die Solidarität muss die Schweiz zielbewusst und in verschiedensten Formen ausbauen. Bedenken habe ich allerdings gegenüber der Formel "disponibilité", gegenüber einer "disponibilité à l'autrichienne ou à la suédoise". Die Schweiz hat eine eigene Neutralitätspolitik gefunden, die schweizerische Neutralitätspolitik ist ein - sehr erfolgreiches - Instrument, das bisher immer wieder geschickt angepasst worden ist.

M. Felber, Conseiller fédéral : Je vous remercie de vos prises de position, positives en général. Admettons qu'il n'y avait pas d'autre possibilité qui eût été acceptée à la fois à l'intérieur et à l'extérieur de notre pays. Les échos que nous recevons de notre peuple sont positifs. C'est aussi une question de solidarité internationale qui s'est posée à ce moment, face à un homme d'Etat qui, lui, prend toutes ses décisions seul. N'oublions pas son revirement actuel à l'égard de l'Iran avec lequel il veut maintenant faire alliance. D'après les renseignements qui nous parviennent, les sanctions économiques semblent gêner considérablement l'Irak, et si elles se maintiennent, M. Hussein risque de se trouver en difficulté, à l'extérieur mais aussi à l'intérieur. N'oublions pas qu'il existe une opposition de la part d'Irakiens vivant dans d'autres Etats.

Nous n'avons jamais annoncé que nous étions à un tournant de notre politique de neutralité et c'est dans le cadre de cette politique que nous nous sommes solidarisés de façon autonome. Outre les informations données par nos propres juristes, nous avons également reçu dans la presse des échos positifs de certains spécialistes qui partageaient notre opinion en la matière.

(à M. Mühlemann) Avant la Résolution du Conseil de sécurité des Nations-unies, nous avons déjà été interrogés par des pays membres de la CE pour savoir quelle position la Suisse adopterait. Nous avons nous-mêmes contacté tous les pays de l'AELE, qui ont annoncé clairement l'intention d'appliquer les sanctions contenues dans ladite Résolution.

Une mise au point quant aux déclarations de M. Jacobi, dont la presse s'est saisie dans un sens erroné : M. Jacobi a donné une conférence de presse sur son voyage en Extrême-Orient, et la question concernant l'Irak est venue s'ajouter aux autres. M. Jacobi a répondu qu'il incombait au Conseil fédéral de décider quant aux sanctions économiques à appliquer. La presse s'est empressée d'exploiter sa réponse, qui en fait, était parfaitement correcte.

Rychen: Ich wäre sehr froh, wenn das EDA die Mitglieder dieser Kommission wenigstens so gut und so rasch informieren würde wie die Medien.

Auer: Ich unterstütze den Wunsch Herrn Rychens. Der Entscheid des Bundesrates war innen- und aussenpolitisch richtig, aber sein praktischer Vollzug wird nicht einfach sein, ich denke etwa an die Türkei, aber auch an die Schweizer Wirtschaft.

Heute sind Vertreter von Schweizer Firmen, die nicht mehr nach Bagdad liefern, Geiseln Saddam Husseins: Solche Firmen erhalten Telexe aus Bagdad, in denen ihnen "angeboten" wird, gegen Lieferung einer bestimmten Ware könne ein Vertreter der Firma ausreisen. Das wird voraussichtlich die Geiselnahme der nächsten Wochen sein. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Parlamentarier in dieser Sache möglichst zurückhielten und den Bundesrat unterstützten.

Frey Walter: Ich unterstütze den Wunsch Herrn Rychens.

Präsident: Es ist der Wunsch aller Mitglieder dieser Kommission, mindestens so gut und so rasch wie die Presse informiert zu werden (Pressekonferenzen usw).

Frau Segmüller: Die meisten Parlamentarier haben einen Telefax. Es wäre also ein leichtes, ihnen Pressecommuniqués usw. zugehen zu lassen.

M. Petitpierre : Organiser un grand débat qui aurait lieu à la suite d'une interpellation urgente me paraît peu judicieux aujourd'hui pour deux raisons : vis-à-vis du monde, nous aurions l'air de découvrir ce qu'est la neutralité, d'une part - et ce n'est pas le cas - et d'autre part, je ne crois pas à la vertu pédagogique. Vous avez peut-être fait campagne pour l'adhésion à l'ONU et vous avez pu constater que le public ne fait pas la distinction entre le droit de la neutralité et la politique.

Pour ces deux motifs, je prierai le président de ne pas provoquer de grand débat sur la neutralité. En revanche, notre interpellation permet au Conseil fédéral d'expliquer clairement sa prise de position. Au lieu de ce grand débat, il faudrait distribuer aux membres des commissions intéressées, voire du parlement entier, un vademecum concernant le droit de la neutralité.

Präsident: (Zu Petitpierre) Wenn wir keine dringliche Interpellation einreichen, geben wir als Kommission das Heft aus der Hand.

M. Petitpierre : Je ne dis pas qu'il ne faut rien demander au Conseil fédéral, mais qu'il faut veiller, dans le texte de l'interpellation, à ne pas faire apparaître que nous voulons des explications sur ce qui serait un fait nouveau en matière de politique de neutralité. Il suffirait de demander simplement d'être informés sur ce qui a été fait.

Präsident: (Zu Petitpierre) Eine erste Frage dieser dringlichen Interpellation könnte lauten: "Wie beurteilt der Bundesrat die Entwicklung der Golf-Krise?", eine zweite könnte so formuliert werden, wie Sie es vorschlagen.

Frau Bäumlin: Der Entscheid des Bundesrates war absolut richtig, aber er wird Folgen haben, wirtschaftliche und politische.

Die Kuwait-Krise ist die Fortsetzung des Golf-Krieges, ein Konflikt zwischen arm und reich. Das muss in unserer dringlichen Interpellation zum Ausdruck kommen.

(Zu Felber) Mich interessieren die Ausnahmen der Verordnung (Art. 4).

Präsident: Die Kommission reicht eine dringliche Interpellation unter dem Titel "Golf-Krise" ein.

Auer: Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir eine kurze dringliche Interpellation einreichen. - So beschlossen.

Frau Segmüller: Ich bitte darum, dass den Mitgliedern dieser Kommission das Original des Beschlusses des UNO-Sicherheitsrates zukommt.

Die "Chinesische demokratische Bewegung" in der Schweiz
Mouvement "Fédération pour la démocratie en Chine":
son activité en Suisse

Baltische Staaten: neueste Entwicklungen
Etats baltes: derniers développements

Zu diesen beiden Tagesordnungspunkten liegt je ein schriftlicher Bericht des EDA vor (siehe Anhang).

12.45 Uhr - 14.15 Uhr Mittagspause

12h45 - 14h15 - Pause de midi

5. Seminarsitzung in Brüssel5. Séminaire à Bruxelles

Präsident: Wir möchten mit möglichst hochrangigen Persönlichkeiten in Kontakt zu kommen, auch mit Herrn Andriessen und vielleicht sogar mit Herrn Delors.

Die Berichterstatter werden in der ersten Woche der Herbstsession bestimmt.

Frey Walter: Auch die institutionellen Fragen müssten bei diesem Besuch ein Thema sein.

Präsident: (Zu Frey Walter) Wir nehmen Ihren Vorschlag gerne auf.

6. Verschiedenes6. Divers

Schluss der Sitzung: 17.00 Uhr

Fin de la séance: 17.00 heures

Session de la Commission des AA du Conseil national du 16.8.90
Rapport écrit sur l'aide aux pays de l'Europe de l'Est
Critères de l'aide

1. Depuis la publication le 23 mai 1990 de l'ordonnance sur l'aide aux pays de l'Europe de l'Est, la phase d'exécution des projets a démarré. Parallèlement, la poursuite des tâches d'évaluation et d'analyse des projets continue conformément aux critères du message du Conseil Fédéral du 22 novembre 1989.

2. Selon ces critères, l'aide s'est concentrée dans un premier temps et en priorité sur la Pologne et la Hongrie qui en reçoivent le poids principal. Pour tenir compte des réformes intervenues depuis lors en Tchécoslovaquie, l'assistance a été étendue à ce pays également.
Une deuxième catégorie de pays est constituée par l'URSS et la Bulgarie où des actions ponctuelles sont initiées pour offrir un soutien aux réformes entreprises et par la Yougoslavie où l'aide suisse est présente par le truchement de l'AELE.
Pour ce qui touche à la Roumanie, l'aide non-humanitaire est suspendue, en accord avec les recommandations prises au sein du G 24 (CEE), sous réserve de réexamen périodique.

3. Les projets réalisés ont été étroitement adaptés à ces critères et aux besoins spécifiques des pays bénéficiaires et ont été exécutés par les mandataires suisses en collaboration avec les partenaires publics ou privés de ces pays. Une brève revue des projets exécutés ou qui ont reçu notre accord donne le tableau suivant:

- Pologne	- Distribution des produits agricoles (DDA)
	- Agence de recherche d'emploi
	- Formation de cadres d'entreprise
	- Amélioration des administrations locales
	- Formation bancaire

- Hongrie
 - Aide économique et financière (OFAEE)
 - Cours de recyclage de professeurs d'allemand et de français
 - Etude de management dans les PME
 - Formation professionnelle/formation bancaire
 - Privatisation

- Tchécoslovaquie
 - Formation de cadres d'entreprise
 - Formation de cadres commerciaux
 - Formation bancaire

- URSS
 - Mission soviétique d'information en Suisse: fédéralisme, économie de marché, PME, formation
 - autre visite prévue

Par ailleurs, des projets situés en Suisse ont reçu l'appui de la Confédération pour l'accueil de participants en provenance de l'Est. Il s'agit de: séminaires de gestion des communautés locales, Colloque de droit constitutionnel, Séminaire d'études stratégiques, Colloque sur le fédéralisme.

Pour poursuivre et intensifier notre coopération, un cadre juridique est actuellement à l'étude avec ces pays afin de formaliser les modalités de notre assistance.



Anhang 2

An die Damen und Herren Mitglieder der
Kommission für Auswärtige Angelegen-
heiten SR + NR

1701 Freiburg, 20.2.1990/FS/fb/X

Soforthilfemassnahmen an Osteuropäische Staaten

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie Sie den Beilagen entnehmen können, besteht ein konkretes Projekt zur Soforthilfe an die Landwirtschaft osteuropäischer Staaten durch die Ausbildung im Gemüsebau. Diese Art von Hilfeleistung ist sehr effizient, weil jede(r) ausgebildete Gemüse-Gärtner(in) zuhause an die 2 - 3'000 Leute versorgen kann, was jährlich die Versorgung von 60 - 100'000 Personen ausmachen würde. Ausserdem können die Ausgebildeten zuhause ihrerseits ebenfalls weitere junge Leute ausbilden helfen.

Das Hauptproblem liegt nun jedoch bei der Frage der Aufenthaltsbewilligungen. Wir bitten Sie daher im Rahmen der Soforthilfemassnahmen an osteuropäische Staaten die Möglichkeit zu schaffen, dass Lehrlinge ausländerrechtlich nicht den Erwerbstätigen gleichgestellt werden, sondern wie Schüler und Studenten behandelt werden. Vom Verbands her sehen wir Möglichkeiten, konkret zu helfen. Es liegt nun am Parlament, die rechtliche Voraussetzung zu schaffen.

Wir bitten Sie höflich um Kenntnisnahme und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

VERBAND SCHWEIZ. GEMÜSEPRODUZENTEN

Fredi Schwab
Verbandsdirektor

Fredi Biedermann
Präs. Berufsbildung

Beilagen:

- Ausbildungsprojekt Gemüsebau-Fachausbildung für osteuropäische Landwirte
- Stellungnahme des BIGA



Formation professionnelle
Berufsbildung
Formazione professionale

Union maraîchère suisse
Verband schweizerischer Gemüseproduzenten
Unione svizzera produttori di verdura

A U S B I L D U N G S P R O J E K T

"Gemüsebau-Fachausbildung für osteuropäische Landwirte"

1. Ziel des Projektes:

Jungen Leuten aus osteuropäischen Ländern soll die Möglichkeit geboten werden, in der Schweiz eine Gemüsegärtnerlehre zu absolvieren. Diese fachliche Ausbildung wird einen wesentlichen Beitrag an die landwirtschaftliche Entwicklung dieser Länder leisten.

2. Problemstellung

- Die Versorgungslage der Bevölkerung der Mehrheit der osteuropäischen Länder erweist sich zur Zeit als schwierig.
- Wie sich in jüngster Zeit zeigt, ist die Versorgung von Städten und Agglomerationen mit Frischgemüse in verschiedenen Ostblockländern mangelhaft.
- Die Gemüseproduktion ist ein landwirtschaftlicher Produktionszweig, der in kurzer Zeit einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung beitragen kann. Im Vergleich zur Tierproduktion ist der Wirkungsgrad beim Gemüsebau wesentlich höher.
- Wir gehen davon aus, dass die Fachkenntnisse der Schweizer Gemüseproduzenten, die in Familienbetrieben Gemüse anbauen, mittelfristig einen positiven Beitrag zur besseren Versorgungssituation in diesen Ländern leisten können.
- An unseren Gemüsebau-Fachschulen, die den Lehre-begleitenden Unterricht erteilen, bestehen in der Lehrlingsausbildung freie Kapazitäten, die genutzt werden könnten. Die kleinen Klassen könnten ohne Mehrkosten vergrößert werden und Lehrstellen lassen sich genügend finden.
- Die gegenwärtigen Erneuerungstendenzen in zahlreichen osteuropäischen Ländern möchten die Versorgungslage der Bevölkerung verbessern. Im Bereich der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Ausbildung könnte die Schweiz diese Bemühungen ganz konkret unterstützen.

3. Vorgehen:

- Der Verband schweiz. Gemüseproduzenten stellt seine Dienste zur Verfügung. Er möchte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der interessierten Ostblockländer (Landwirtschaftsministerien, Berufsverbände) und den verantwortlichen Stellen in der Schweiz (Bund, Kantone, Fachschulen und Lehrbetriebe), für jährlich ca. 30 junge Leute die Möglichkeit schaffen, in der Schweiz eine 3-jährige Gemüsegärtnerlehre absolvieren zu können.
- Unseres Erachtens sollten die Kandidaten junge Bauernsöhne sein, die über landwirtschaftliche Grundkenntnisse verfügen. Um der Transportfrage in diesen Ländern Rechnung zu tragen, erachten wir es als wichtig, dass diese jungen Leute aus der Umgebung grösserer Städte stammen und aus Landwirtschaftsbetrieben kommen, die den Gemüsebau zulassen würden.
- Die Kandidaten sollten nach Möglichkeit bereits über gewisse Kenntnisse in der deutschen Sprache verfügen, in jedem Falle müsste zu Beginn der Lehre in der Schweiz ein Sprachkurs angeboten werden.

4. Ausbildung:

- Die praktische Ausbildung würde auf einem als Lehrbetrieb anerkannten Gemüsebaubetrieb erfolgen und in der Verantwortung des Lehrmeisters liegen.
- Die Lehre dauert 3 Jahre, in Fällen, wo bereits eine gute landwirtschaftliche Ausbildung vorgewiesen werden kann, ist eine 2-jährige Lehre denkbar.
- Die theoretische Ausbildung wird an den Fachschulen im Rahmen der Lehrlingskurse vermittelt. Die Schule dauert insgesamt 28 Wochen. Diese verteilen sich auf 6 Blockkurse über die 3 Lehrjahre.

5. Kosten:

- Da die Infrastruktur zur Ausbildung von Gemüsegärtnerlehrlingen bereits vorhanden ist, ändert sich an den Grundkosten der Lehrlingsausbildung wenig. Es entstehen nur zusätzliche Direktkosten für das Lehr- und Informationsmaterial.
- Einmalige Kosten entstehen durch den Sprachkurs und durch Reisekosten der Lehrlinge.
- Diese bescheidenen zusätzlichen Kosten sollten von Bund subventioniert und die verbleibenden Kosten von den Kantonen, gemäss dem heutigen Kostenschlüssel, übernommen werden können. Für Sprachkurse kommen möglicherweise auch andere Finanzierungsquellen, wie Spezialfonds der Schweiz zur Wirtschaftsförderung in osteuropäischen Ländern, in Frage.
- Die Lehrlinge werden nach dem im Schweizer Gemüsebau üblichen Lehrlingslohn entschädigt, der ihnen die Kosten für den Aufenthalt in der Schweiz deckt.

6. Aufenthaltsbewilligung:

Die Lehrlinge aus Osteuropa sollten nicht in die Kategorie der Erwerbstätigen fallen, sondern bezüglich Aufenthaltsbewilligung als Studenten behandelt werden können.

Möglicherweise kann auch im Rahmen von Art 21., Absatz c oder g, der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) eine Lösung gefunden werden.

(Absatz c: Berufsleute, die von Berufsverbänden zur Förderung ihrer Fachkenntnisse an einen Betrieb vermittelt werden; Absatz g: junge Ausländer mit mehrjähriger Berufspraxis, die ein von einem Berufsverband organisiertes Aus- und Weiterbildungsprogramm absolvieren)

7. Organisation:

Die praktische Durchführung dieses Ausbildungsprojektes würde vom Verband schweiz. Gemüseproduzenten in Zusammenarbeit mit den Fachschulen und den Lehrmeistern organisiert und abgewickelt.

Zur Zeit ist das Projekt bei den eidgenössischen und kantonalen Behörden sowie den Fachschulen in Prüfung. Sobald die Vorabklärungen abgeschlossen sind, werden wir Sie über "Der Gemüsebau" informieren.



Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro

Abteilung Arbeitsmarkt
Division du marché du travail
Divisione del mercato del lavoro

Bundesgasse 8
3003 Bern,

21. Dezember 1989

☎ 031 612111

Telefax 031 612749

Ihr Zeichen
V. référence
V. referenza

AB/311

Verband schweizerischer
Gemüseproduzenten (VSGP)
Postfach

Unser Zeichen
N. référence
N. referenza

523.01
2-ew/kr/bs

1701 Freiburg

Rückfrage
Rappel
Richiamo

☎ 61.29.97

EINGEGANG:

3 - Jan. 1990

Erl.....

VSGP-Projekt "Gemüsebau-Fachausbildung
für osteuropäische Landwirte"

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 7. Dezember 1989 haben Sie uns von obenerwähntem Projekt Kenntnis gegeben. Ihrem Wunsch entsprechend möchten wir dazu nachstehend Stellung nehmen:

1. Die Reformbestrebungen in Osteuropa sind grundsätzlich sehr zu begrüßen. Jede zweckmässige Hilfe an die betroffenen Staaten wird die Chance ihrer Umsetzung erhöhen. In diesem Sinne muss auch Ihre Absicht, osteuropäische Landwirte auszubilden, beurteilt werden.
2. Sie sehen konkret vor, für jährlich ca. 30 junge Leute die Möglichkeit zu schaffen, in der Schweiz eine 3-jährige Gemüsegärtnerlehre zu absolvieren. Diesen Auszubildenden müssten Bewilligungen als Jahresaufenthalter angeboten werden, was im Rahmen der geltenden Ausländerregelung angesichts des Nachfrageüberhanges praktisch ausgeschlossen ist.

Lehrlinge sind, anders als Schüler und Studenten, ausländerrechtlich Erwerbstätigen gleichgestellt. Damit fallen sie unter die Kontingentierung. Die Kantone sind daher kaum in der Lage, ihre begrenzten Einheiten für Lehrlinge bereitzustellen. Das BIGA ist allerdings daran, aufgrund eines begrenzten Pilotprojektes mögliche zukünftige Änderungen dieser Regelung zu prüfen. Diese Frage ist vor allem sozialpolitisch umstritten; mit einer sehr baldigen Lösung ist daher nicht zu rechnen.

- 2 -

Ferner gehören die osteuropäischen Länder nicht zu den sogenannten traditionellen Rekrutierungsländern. Darum wird es - zumindest in absehbarer Zeit - nicht möglich sein, dass Arbeitnehmer aus diesen Ländern eine Jahres- oder Kurzaufenthalterbewilligung erhalten können. Ausnahmen sind dann denkbar, wenn es sich um qualifizierte Arbeitskräfte handelt und besondere Gründe dies rechtfertigen.

3. Die Schweiz sieht vor, sich mit andern OECD-Partnern an Massnahmen zur Zusammenarbeit und Unterstützung der osteuropäischen Länder zu beteiligen. Eine diesbezügliche Botschaft des Bundesrates ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich im nächsten Frühjahr vom Parlament behandelt. In diesem Rahmen werden auch verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten geprüft.

Aus heutiger Sicht halten wir Ihr Projekt daher nicht für realisierbar. Falls die Rahmenbedingungen geändert würden, wären wir zu gegebener Zeit jedoch gerne bereit, Ihr Projekt erneut zu beurteilen.

Wir bedauern, Ihnen keinen positiven Bescheid geben zu können.

Mit freundlichen Grüssen

BUNDESAMT FUER INDUSTRIE, GEWERBE UND ARBEIT
Abteilung Arbeitsmarkt



D. Grossen

Fragen an die DEH in bezug auf die EZA in Nepal

- 1.)- Vor ca. vier Jahren führte die DEH ein neues Planungs- und Führungsinstrument ein, das sog. Länderprogramm. Auf Grund desselben wurden die Mitarbeiter ersucht, einen Bericht über entwicklungspolitische Aspekte und Perspektiven des Partnerlandes (Nepal) vorzulegen. Dieser Bericht wurde anfänglich sowohl von DEH als auch von Helvetas als Grundsatzdokument begrüsst und angenommen. Dessen Hauptgrundsätze lauteten: Regierung Nepals ist kein guter Partner für EZA-Projekte, neue Wege suchen; die internationale EZA kann teilweise Anliegen der Bevölkerung wahrnehmen und als Anwalt der Armen auftreten, die Regierung aber ist nicht reformwillig; darum soll EZA bedächtig und umsichtig fortgesetzt werden, das Volumen von 1986 soll nicht aufgestockt werden; es soll eine Konzentration auf weniger Sektoren angestrebt werden; vorderhand sollen keine neuen Projekte im Infrastrukturbereich, der korruptionsanfällig ist, erfolgen; Nepal eignet sich nicht für Finanzhilfeprojekte und für Ko-finanzierungen mit Weltbank oder Asian Development Bank.
 - Warum hat die EDH diesen Bericht der Mitarbeiter nicht nur redaktionell, sondern auch inhaltlich so stark geändert, dass genau das, was die Mehrzahl der Teams in Nepal ausschliessen wollte, wieder möglich wurde?
- 2.)- Die DEH hat eingewilligt, ein Weltbankprojekt zur Rehabilitierung eines Bewässerungssystems mitzufinanzieren. Damit brach sie gleich vier Grundsätze: Das Projekt befand sich nicht in der eben festgelegten geographischen Zone; es durchbrach das formulierte Prinzip der sektoriellen Konzentration; es missachtete die eigene Empfehlung, in Nepal keine Ko-finanzierungen auszuführen; es versties gegen die eigene Richtlinie, vorderhand keine neuen Infrastrukturprojekte aufzunehmen.
 - Warum liess sich die EDH in dieses Abenteuer ein, entgegen der Empfehlung fast aller Projektleiter und im Gegensatz zum Länderprogramm? Kenner der Szene haben dieses Projekt als eines der schlechtesten der Weltbank in Nepal überhaupt bezeichnet.
- 3) - Warum setzte die DEH 1989 in Nepal gegen 30 Mio. Franken, anstatt der im Landesprogramm angepeilten 20 Mio. Franken ein?
- 4.)- Mit der Mitfinanzierung der Instandstellung und Vergrösserung der Ingenieur fakultät wurde eine weitere Ko-Finanzierung eingegangen; es handelt sich um ein Nachfolgeprojekt zu einem Weltbankprojekt, das deshalb nötig wurde, weil die unter dem ersten Projekt erstellten Bauten rehabilitiert werden müssen. Hier sind Prozesse gegen Bauunternehmer hängig. Das Projekt steht konzeptionell auf schwachen Füßen und konkurrenziert das folgende Projekt: eine weitere Ko-finanzierung betreffend Berufsbildung, die in den Augen von Experten umstritten und überrissen ist.
 - Warum wurden solche Projekte entgegen den Einwand der versammelten Projektleiter und sogar gegen die Empfehlung der Koordinatoren eingegangen?
- 5.)- Die von der DEH mit der Regierung von Nepal gebaute Lamasangujiri-Strasse wird als gelungene Aktion eingeschätzt. Die DEH ist auch mit dem Unterhalt dieser Strasse befasst. Ein Unwetter mit einer Rufe fügte dieser Strasse 1987 einigen Schaden zu. Die DEH betraute ein Schweizer Ingenieurunternehmen mit der Behebung dieser Schäden, welches mit ungeeigneten Methoden an die Arbeit ging, unverhältnismässige Kosten verursachte und Expertisen nach sich zog.

- Warum versäumte man es, mit angepassten Methoden vorzugehen, wie das gerade ein Merkmal des Strassenprojektes gewesen war? Warum zog man gegen den dringenden Ratschlag aller damit indirekt befasster Mitarbeiter vor, den Auftrag an ein Schweizer Unternehmen zu vergeben? Wie konnte man es tolerieren, dass diese Ingenieurfirma Methoden anwandte, die der bisherigen Projekt- und sogar "Unternehmensphilosophie" der Schweizer EZA völlig widersprachen?
- 6.- Ein weiteres Projekt wurde im Strassenbau angesiedelt, in einem Bereich, in dem man mit der Korruption schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Es wurde wieder an zwei Schweizer Firmen vergeben, von denen eine in Nepal noch keine Erfahrung gesammelt hatte. Es ist inzwischen in der Planungsphase stecken geblieben.
- Warum verlegte man sich nochmals auf diesen derart korruptionsanfälligen Bereich, trotzdem das Projekt von den meisten Mitarbeitern der DEH und der Helvetas als verfehlt und falsch angelegt betrachtet? Warum wurde der Auftrag nicht ausgeschrieben?
- 7.- Als Gründe für obgenannte Entwicklungen wird angeführt: dass gewisse Mitarbeiter unter Druck standen, immer mehr Geld über die Entwicklungsbanken zu leiten, auch wenn sie von den meisten dieser Projekte nichts Gutes abgewinnen können; im Falle von Nepal sei auch ausschlaggebend gewesen der Druck, private Firmen vermehrt einzubeziehen. Die Kritik versteigt sich in der Feststellung, in Nepal habe die Entwicklung einen Punkt erreicht, an dem die Intervention der Schweiz dem Land mehr schade als nütze; die Praxis der EZA weiche erheblich von den Grundsätzen des Gesetzes, des Länderprogrammes und der Richtlinien und Empfehlungen ab.
- Wie werden diese Argumentation und deren Schlussfolgerungen beurteilt?
- 8.- Im übrigen wird attestiert, dass die Projekte der DEH Berufsschule und Kartoffelprojekt sowie im Forst- und Gesundheitswesen sowie die mitfinanzierten Projekte von Helvetas, FAO und Uniceff und kleinerer Organisationen effizient seien und sich im wesentlichen mit den Anliegen des Landesprogrammes und mit dem Gesetzauftrag übereinstimmten.
- Auch wird festgehalten, dass die politischen Rahmenbedingungen heute sehr viel besser seien als vor der Volksbewegung und dass recht gute Aussichten bestehen, dass sich die neue Regierung den ausländischen Geldgebern gegenüber kritischer verhalten wird als die alte, welche die Eigeninteressen der Donatoren geschickt für ihre eigenen Zwecke ausnützte.

2. August 1990

t.311 Nepal - GY/BOM

Bern, 10. August 1990

Notiz an den Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, Herrn Nationalrat Dr. Martin Bundi, zu den Ihnen zugetragenen Vorwürfen betreffend der Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz in Nepal

Grundsätzliches zur Erarbeitung von Programmen und Kreditentscheiden der DEH

Für die Schwerpunktländer der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit legt die DEH das Konzept und die mittelfristigen Programme in internen Landesprogrammen fest. Diese sind mit einem durchschnittlichen Zeithorizont von 5 Jahren ausgelegt und werden durch Entscheid des Direktors verbindlich. Die konkrete Umsetzung der Mittelfristplanung geschieht im Rahmen von Jahresprogrammen, über die der Direktor der DEH zu Beginn jedes Kalenderjahres entscheidet (als Beispiel für die Ausgestaltung dieser Führungsinstrumente finden Sie in der Beilage das Landesprogramm Nepal von 1986 und das Jahresprogramm Nepal 1990).

Ueber die Kredite, die für die Finanzierung der einzelnen Aktionen in unseren Einsatzländern zu sprechen sind, wird aufgrund der Verordnung über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe vom 12.12.77 entschieden. Kreditanträge werden DEH-intern in Komitees diskutiert, die von einem Direktionsmitglied präsiert werden und in denen, die für die Beurteilung der jeweiligen Aktion kompetenten Stellen (z.B. Fachdienste, Evaluationsdienst, Rechtsdienst) vertreten sind. Die Entscheidungskompetenz liegt bis zum Betrag von 1 Mio. Fr. beim Direktor der DEH; darüber hinaus entscheidet der Bundesrat (1 - 5 Mio. Chef EDA und Chef EFD, über 5 Mio. Gesamtbundesrat). Zur Zeit werden etwa 20% des für DEH Aktionen gesprochenen Kreditvolumens auf Ebene DEH entschieden, der überwiegende Teil des Kreditvolumens wird auf Ebene Departementchefs oder vom Gesamtbundesrat behandelt.

1. Zur Frage der Mitwirkung der Experten bei der Erarbeitung des Landesprogrammes Nepal

Bei der Erarbeitung von Landesprogrammen (und damit auch im Fall Nepal) werden neben verwaltungsinternen Stellen (z.B. BAWI, Politische Abteilung II) auch schweizerische Hilfswerke, im jeweiligen Land tätige Konsulenten und vor allem natürlich die Experten im Einsatzland beigezogen.

In Nepal haben sich die Experten über einen längeren Zeitraum sehr intensiv an der Erarbeitung des Landesprogramms beteiligt und wichtige konzeptionelle und insbesondere direkt verwertbare, operationelle Beiträge geliefert. Der in der Frage in den Vordergrund gestellte Bericht einer Gruppe von Mitarbeitern, war ein solcher, wertvoller Beitrag. Seine Empfehlungen wurden im Verlaufe des weiteren Erarbeitungsprozesses durch weitere Aspekte modifiziert und ergänzt, was schliesslich zu den im Landesprogramm festgehaltenen Schlussfolgerungen führte. So wurden auch Kofinanzierungen vorgesehen um einerseits die sektorielle Breitenwirkung erfolgreicher DEH Projekte zu verstärken und andererseits internationalen "Burden Sharings" für Projekte multilateraler Organisationen (vor allem Entwicklungsbanken) mitzutragen. Der Infrastrukturbereich (Brücken- sowie Strassenbau und vor allem - Unterhalt) war eigentlich unbestritten, weil DEH und Helvetas hier über beispielhafte Erfahrungen verfügen und deshalb ein Programmschwerpunkt naheliegt. Die Konzentration auf das Hügelgebiet soll durch komplementäre Aktionen im Terai (die Reisschale Nepals) ergänzt werden.

Es kann festgehalten werden, dass die endgültige vom DEH-Direktor genehmigte Version des Landesprogramms auch von den Nepalexperthen überwiegend positiv beurteilt wurde. Die neben der DEH in Nepal tätige Helvetas beschloss in der Folge, kein eigenes Landesprogramm zu erstellen, sondern ebenfalls das DEH Dokument als Arbeitsinstrument zu verwenden. Für die DEH hat sich das Instrument sehr bewährt.

2. Zur Frage des Engagements "Bewässerungsprojekt Narayani"

Das Bewässerungsprojekt Narayani steht nicht im Gegensatz zum Landesprogramm. Es ist im Gegenteil dort im Rahmen des Schwerpunktsektors "nachhaltige Landnutzung" ausdrücklich vorgesehen. In diesem Projekt sind aber in der Tat grosse Probleme aufgetreten. Das Unterfangen erweist sich für Nepal als sehr gross und komplex und es wird entscheidend sein, ob die nach Auskunft der Weltbank von Indien zugesicherte Zuleitung von Wasser für das System doch noch zustande kommt.

3. Zur Frage des finanziellen Volumens

Die gegenüber von 1988 (18,8 Mio SFr.) überdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben 1990 (31,2 Mio SFr.) ist einerseits technisch bedingt (unregelmässiger Auszahlungsrythmus multi-bilateraler Projekte) und zum andern auf ausserordentliche Monsunschadenbehebungen sowie nicht vorgesehene humanitäre Hilfe und Aktionen des schweizerischen Katastrophenhilfecorps (Linderung von Erdbebenfolgen), zurückzuführen.

Die DEH hat durchschnittlich 1986 bis und mit 1990 in Nepal 20,2 Mio SFr. ausgegeben. Die Ausgaben bleiben damit knapp unter den 1986 im Landesprogramm zu festen Preisen vorgesehenen Planzahlen (ca 21 Mio SFr.).

4. Zur Frage der Kofinanzierung der Ingenieur fakultät

Im Sinne der Leitlinie "Konzentration der Kräfte" wurden die langjährigen Engagements in der Berufsbildung durch zwei Kofinanzierungen im nicht-universitären und universitären Bereich ergänzt. Die Kofinanzierung mit der asiatischen Entwicklungsbank (ADB) des Technical Education und Vocational Training Development Project für den Bau technischer Berufsschulen und die Verstärkung der Institutionen konkurrenziert in keiner Weise das Kofinanzierungsprojekt mit der Weltbank zur Ausbildung von Ingenieuren. Bei der Vorbereitung des Weltbankprojekts hatte der seinerzeit zuständige DEH Koordinator grundsätzliche Bedenken bezüglich der institutionellen Ausgestaltung des Vorhabens. In der Folge haben die Bank und Nepal das Projekt in diesen entscheidenden Punkten umgestaltet. Der Koordinator befürwortete anschliessend eine Kofinanzierung.

5. Zur Frage des Einsatzes von Schweizer Unternehmen und der anzuwendenden Technologien für Strassenrehabilitation und -unterhalt

Es wurde bereits erwähnt, warum Verkehrsinfrastruktur mit Schwergewicht auf Strassenunterhalt einen Schwerpunkt des Landesprogrammes darstellt. In diesem Bereich arbeiten wir eng mit schweizerischen Ingenieurbüros und Unternehmen zusammen, weil diese über ein für Nepal relevantes Wissen verfügen.

Für das grosse Schadenereignis am Charnawati-Fluss an der Lamosangu-Jiri Strasse wurde eine mit den Verhältnissen in Nepal sehr gut vertraute Schweizer Ingenieurfirma eingesetzt. Einerseits ging es darum, die Wiedereröffnung der Strasse innert nützlicher Frist sicherzustellen und andererseits musste man drohenden Sekundärwirkungen auf weiteren Strassenpartien zuvorkommen.

In Zusammenarbeit mit der Versuchsanstalt für Wasserbau der ETHZ werden z.Zt. am Charnawati Pilotversuche mit neuen Fluss- und Hangverbauungen erprobt. Wir versuchen Alternativen für die z.Zt. in Nepal bei grossen, von Flüssen angerichteten Schäden zur Anwendung kommenden Methoden zu entwickeln. Die jährliche Neuerstellung von "klassischen" Schutzbauwerken belastet den Staatshaushalt schwer. Längerfristig könnten diese Kosten durch technologisch anspruchsvollere Massnahmen, die aber nach einer Einführungszeit durchaus im Bereich nepalischer Ingenieurkapazität liegen, gesenkt werden. Es ist nicht zu vermeiden, dass bei der Suche nach neuen Methoden auch Risiken eingegangen werden müssen.

6. Zur Frage eines weiteren Engagements im Strassenbau mit einer Schweizer Firma ohne Ausschreibung

Das Arniko-Rehabilitation Project bildet, wie das unter Ziffer 5 erwähnte Lamosangu-Jiri Strassenprojekt und ein ebenfalls in Vorbereitung stehendes Projekt für den Aufbau einer Koordinationsstelle für Strassenbau und -unterhalt im nepalesischen Transportministerium, Bestandteil des Sektorprogramms Verkehrsinfrastruktur. Dieses Unterstützungspaket wurde auf Ersuchen der nepalesischen Regierung erarbeitet, die die Schweiz zusammen mit England als "Lead-Agent" für diesen Bereich bezeichnet hat. Eine Unterstützung zur Erhaltung des bislang existierenden, minimalen Strassennetzes kann kaum falsch sein.

Es soll hier angefügt werden, dass Nepal als Voraussetzung für seine längerfristige Entwicklung noch weitere Strassen benötigen wird und die Bevölkerung u.a. im Hügelgebiet weitere Erschliessungen vehement fordert.

Der Strassensektor ist grundsätzlich nicht korruptionsanfälliger als andere Bereiche. Die Korruption kann durch entsprechende Ausgestaltung der Projekte limitiert werden. Der Auftrag für die Erstellung einer Vorbereitungsstudie für die Rehabilitation der Arniko Strasse wurde im Einklang mit den Eidg. Submissionsbestimmungen direkt an ein Konzortium von zwei Schweizer Firmen vergeben. Ein allfälliges Ausführungsprojekt wird ausgeschrieben.

Das Projekt ist nicht in der Planungsphase steckengeblieben. Die Wichtigkeit der Arniko Strasse als Verbindung Nepals zu China ist aber von der neuen Uebergangsregierung zurückgestuft worden. Im Vordergrund steht zur Zeit der Ausgleich mit Indien und man bemüht sich, den Empfindlichkeiten des grossen Bruders im Süden Rechnung zu tragen.

7. Zur Frage der Relevanz des DEH-Programmes für die
Entwicklung Nepals

Die DEH bemüht sich grundsätzlich, für die Ausführung ihrer Vorhaben den jeweilig geeignetsten Partner zu beauftragen. Im Vordergrund für bilaterale Aktionen stehen dabei die schweizerischen Hilfswerke und die Privatwirtschaft. In den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit mit privaten Firmen intensiviert. In verschiedenen Aktivitätsbereichen sind Komplexität und professionelle Anforderungen stark angestiegen, so dass die Vergabe von Aufträgen an spezialisierte Firmen naheliegt. Dies erlaubt uns auch, unsere begrenzten personellen Kapazitäten optimal zu nutzen.

Zur Relevanz des schweizerischen Programmes in Nepal soll abschliessend festgehalten werden, dass die Qualität unserer Arbeit bei anderen Donatoren hohes Ansehen genießt und - was letztendlich entscheidend ist - unsere Partner unsere Arbeit sehr schätzen.

Obwohl wir uns im Entwicklungsdialog immer sehr hartnäckig gezeigt haben und vor allem auch im Zusammenhang mit Korruptionsproblemen unbequem waren, genoss die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit bei den früheren Panchayat-Regierungen beträchtliches Ansehen. Die im Nachgang zu den breiten Volksbewegungen an die Macht gekommene Uebergangsregierung bewertet das schweizerische Programm in Nepal als beispielhaft, in hohem Masse den Bedürfnissen des Landes angepasst. Diese Bewertung hat sie anlässlich des ersten Kontaktes unserem Botschafter gegenüber abgegeben.

DIVISION POLITIQUE II

p.a.45.72. - AE/BAC

Berne, le 13 août 1990

"SPEAKING NOTE" à l'attention du Chef du Département

Le "Mouvement démocratique chinois" en Suisse

Ce terme se réfère à notre connaissance aux activités de la Fédération pour la Démocratie en Chine (FDC) en Suisse, ainsi qu'à celles du "China-Forum". La première organisation poursuit les mêmes buts que son siège parisien (voir ci-dessous), alors que la seconde - au sujet de laquelle nous disposons de peu d'informations - aurait été fondée en Suisse, par des Suisses, dans l'intention de contribuer à soutenir le mouvement démocratique chinois.

La FDC en Suisse

Il est à noter d'emblée que la présence, sur notre sol, de ressortissants chinois que les autorités de Pékin qualifient de "criminels", a donné lieu à plusieurs démarches de la part de l'Ambassade de Chine à Berne, demandant à la Suisse d'interdire l'accès de son territoire à ces personnes et d'éviter tout contact avec elles. En août 1989 déjà, un aide-mémoire fut remis à la Division politique II, qui présentait ces demandes en prévision de la venue en Suisse de dissidents chinois (membres fondateurs de la non encore officielle FDC) dans le cadre de la session de la sous-Commission des droits de l'homme de l'ONU à Genève.

Il fallut attendre le mois de mars 1990 pour voir la création d'une section suisse de la FDC à l'université de Zürich, avec un physicien chinois, M. LI Lin, comme représentant. La presse helvétique donna une certaine publicité à l'événement (cf. l'article de la NZZ du 30.3.1990), ce d'autant plus que des membres de la FDC avaient été reçus à Berne peu avant; parmi leurs interlocuteurs se trouvaient les présidents des Commissions de politique

- 2 -

étrangère des deux Chambres (le CE Masoni et le CN Bundi), des membres du Conseil National ainsi que le service des droits de l'homme du DFAE. Lors de cette dernière entrevue, les demandes suivantes furent soumises à la Suisse :

- continuer de faire pression sur Pékin dans le domaine des droits de l'homme, bilatéralement et multilatéralement
- contribuer, par des démarches à Pékin, à ce que les noms des prisonniers politiques ainsi que leur traitement soient rendus publics
- soutenir les étudiants chinois en Suisse (faire cesser les pressions chinoises)
- aider la FDC, la faire connaître aux gouvernements et aux ONG

Les événements relatés ci-dessus déclenchèrent une vive réaction de la Chine, qui par la voix de son Ambassadeur à Berne accusa la Suisse de "grave ingérence dans ses affaires intérieures". En réponse, l'Ambassadeur Simonin insista sur l'appartenance des droits de l'homme au droit international, une intervention en leur faveur (la FDC étant à nos yeux une organisation de défense des droits de l'homme) ne devant dès lors pas être considérée comme une ingérence dans les affaires intérieures.

L'Ambassade de Chine intervint également dans le but d'empêcher le président de la FDC, M. YAN Jiaqi, de prendre la parole lors de la "China-Juni-Woche" organisée par le "China-Forum" (voir ci-dessous) en juin 1990 à Zürich. Là encore, il ne fut pas donné suite à la requête du Conseiller d'ambassade chinois.

Un autre incident occasionna une démarche des autorités chinoises à Berne : les menaces proférées à l'encontre des étudiants chinois par un membre de l'ambassade. En mai 1990, en prévision du premier anniversaire des événements de Tian An Men, le Conseiller chinois pour les affaires d'éducation aurait menacé de représailles tout étudiant chinois qui répandrait des informations sur ce qui se passa en juin 1989. Ces menaces entraînèrent une question au Parlement (question Ziegler, 18.6.1990), à laquelle le Conseiller fédéral Felber répondit que son département portait à cette affaire toute l'attention qu'elle méritait. La presse s'é-

tant fait l'écho de ce cas, l'Ambassadeur CAI Fangbo demanda à être reçu et expliqua qu'il devait s'agir d'un malentendu, ses directives ayant dû être mal comprises.

Le "China-Forum"

D'après des sources externes (Prof. Meienberger de l'Université de Zürich), cette organisation aurait été fondée par la présidente de l'Association d'amitié Suisse-Chine, Mme Spring, et servirait avant tout de couverture aux activités de la FDC en Suisse. A titre d'exemple, Mme Spring accompagnait la délégation de la FDC que reçut M. Vigny (Service des droits de l'homme du DFAE) en mars 1990.

La "China-Juni-Woche", organisée par le China-Forum en juin 1990 afin de commémorer les événements de Tian An Men, est la seule réalisation de cette organisation qui nous soit connue.

La Fédération pour la Démocratie en Chine (FDC)

A la suite de l'écrasement du (second) Printemps de Pékin en juin 1989 et fuyant la répression qui s'en suivit, quelques-uns parmi les plus célèbres sympathisants et animateurs du mouvement démocratique chinois réussirent à s'enfuir et se retrouvèrent à Paris en juillet 1989; profitant de l'environnement favorable constitué par la célébration du bicentenaire de la Révolution française, ils proposèrent la création d'une organisation bientôt connue sous le nom de "Fédération pour la Démocratie en Chine" (FDC). Une impressionnante couverture médiatique, lors de la conférence inaugurale de la FDC en septembre 1989, porta à la connaissance d'un large public les objectifs de la jeune fédération :

- 1) garantir les droits fondamentaux de l'homme
- 2) encourager et défendre la justice sociale
- 3) promouvoir l'économie de marché ("private economy")
- 4) en finir avec la dictature du parti unique

En complément à ces lignes directrices, la FDC apporte les précisions suivantes :

- la dictature du Parti Communiste Chinois, écrit l'association de Paris, est responsable de l'état d'arriération et d'isolation prolongées de la Chine. La fin du système du parti unique et l'établissement de la démocratie sont les conditions préalables à remplir pour que la situation s'améliore.
- pour atteindre ses buts, la FDC se dit convaincue de la nécessité d'adhérer au principe de "paix, rationalité et non-violence".
- l'organisation, composée essentiellement de Chinois du continent, affirme s'intéresser vivement au processus de démocratisation en cours à Taiwan, et exprime sa préoccupation quant au futur de Hong Kong et de Macao. La question, longtemps négligée, du droit du peuple tibétain à la liberté et à la démocratie, est quant à elle "examinée sérieusement" par la Fédération.

En septembre 1989, les priorités immédiates de la FDC concernaient son élargissement, la formation de coalitions avec d'autres groupes démocratiques, la maximalisation de son influence et la volonté de soumettre les autorités chinoises à une pression continue.

Le Conseil de la FDC, organe exécutif de l'organisation, est composé de 15 personnes. Parmi ces dernières, cinq méritent d'être mentionnées pour le rôle de premier plan qu'elles jouèrent dans le mouvement démocratique chinois; il s'agit de :

- M. YAN Jiaqi, président du Conseil de la FDC, proche collaborateur de l'ex-secrétaire général du PC Zhao Ziyang.
- M. WUER Kaixi, vice-président du Conseil de la FDC, leader étudiant.
- M. WAN Runnan, secrétaire général de la FDC, entrepreneur.
- M. CHEN Yizi, ancien directeur de l'institut des réformes économiques de Chine.
- M. SU Xiaokang, écrivain.

SECRETARIAT POLITIQUE

p.B.58.2.URSS pays baltes - AY/HIC Berne, le 10 août 1990

COMMISSION DES AFFAIRES ETRANGERES DU CONSEIL NATIONALJEUDI, LE 16 AOUT 1990Pays baltes : récents développements

Le conflit entre Moscou et les pays baltes - il couvait depuis des mois et ne cessait de prendre de l'ampleur - s'est fortement aggravé avec la déclaration lituanienne d'indépendance du 11 mars. Les 4 et 8 mai, les parlements letton et estonien ont emboîté le pas. Les partisans de la sécession étaient sortis vainqueurs des élections tenues peu auparavant. Leur force se mesurait en quelque sorte au taux de population autochtone de chaque république (Lituanie 80%, Lettonie 54%, Estonie 65%). Alors que la déclaration lituanienne proclamait l'indépendance immédiate et totale, celles de l'Estonie et de la Lettonie ne fixaient pas la date d'entrée en vigueur de l'indépendance; durant la période transitoire, les lois soviétiques devaient rester valables. Les trois proclamations baltes furent déclarées nulles et non avenues par Moscou; une loi, adoptée par le Congrès des députés du peuple le 6 avril, fixait les modalités permettant à une république quelconque de l'Union de quitter cette dernière : référendum local avec participation minimale des trois quarts de l'électorat et approbation de l'indépendance par les deux tiers des votants; période transitoire de cinq ans; décision finale laissée au Congrès des députés du peuple assortie d'un référendum éventuel de l'Union; versement d'une indemnité d'indépendance. Ce dispositif revenait au fond à assortir la sécession de conditions insurmontables.

Au refus des Litvaniens de retirer leur déclaration, Moscou répliqua, le 28 avril, par le déploiement spectaculaire de

- 2 -

forces militaires et par un blocus économique. Les conversations engagées le 17 mai entre Gorbatchev, Rychkov et Mme Prunskiene amorcèrent un début de détente, elle-même favorisée par la démarche du président Mitterrand et du chancelier Kohl, qui, dans une lettre commune au président lituanien, invitait son pays à "geler" la déclaration d'indépendance. Les nombreuses consultations opérées par les autorités lituaniennes auprès de l'Europe occidentale et des Etats-Unis parvinrent à convaincre Vilnius qu'il ne fallait pas compter sur une reconnaissance rapide de l'indépendance. La quasi-totalité des gouvernements firent clairement comprendre aux Lituaniens que le seul moyen d'aboutir était de négocier avec Moscou.

Le 12 juin, une première rencontre eut lieu entre Gorbatchev et Landsbergis; elle fut suivie de nouveaux entretiens à Moscou. Le 29 juin, le parlement lituanien, par 69 voix contre 35 et 2 abstentions, décida de suspendre la déclaration d'indépendance pour cent jours à dater du début des négociations entre Moscou et Vilnius. Dans les jours qui suivirent, les mesures de boycott économique furent suspendues. On se retrouvait ainsi dans la situation qui prévalait à la veille du 11 mars. Actuellement, Moscou et les trois républiques baltes en sont à former leurs délégations respectives et à discuter des modalités des négociations ainsi que de la liste des tractanda.

Il n'en reste pas moins que, depuis ce printemps, la situation a complètement changé dans cette région de l'Union soviétique. Les changements sont perceptibles à trois niveaux :

- dans les pays baltes mêmes;
- dans les relations entre Moscou et ces derniers;
- dans l'ensemble de l'Union soviétique.

1. Un revirement d'opinion s'est opéré, depuis le début de mai, dans les populations des pays baltes. La politique offensive de Landsbergis, selon les sondages d'opinion, a dû

- 3 -

s'accommoder de l'attitude plus réservée du premier ministre Prunskiene. Face aux manifestations de mécontentement des minorités russe, biélorusse et polonaise des républiques baltes, les populations de souche balte ont craint une nouvelle radicalisation de la crise. Il faut y voir un signe de maturité politique.

2. Le succès du courant modéré dans la marche à l'indépendance a manifestement accru les sympathies de la population russe en faveur des Baltes. Une vaste enquête menée en avril en Lituanie a montré que 65 pour cent des personnes autres que les Litvaniens soutenaient l'indépendance.

3. Le radicalisme à la Landsbergis une fois dénoncé, il a été possible de réactiver le Conseil baltique et de coordonner de mieux en mieux l'action politique des trois pays.

4. Moscou et Vilnius sont convenus que le recours aux sanctions économiques ne pouvait avoir que des effets négatifs. S'il y a dépendance des pays baltes vis à vis de Moscou en ce qui concerne l'approvisionnement en énergie, il y a dépendance de l'URSS vis-à-vis des pays baltes pour ce qui est des produits industriels, en particulier des machines. On n'oubliera pas non plus que le boycott soviétique a affecté aussi la population russe, ainsi que Kaliningrad, dont la population est à majorité russe.

5. Aux aspirations baltes à l'indépendance s'ajoutent celles, similaires et d'ampleur insoupçonnée, de presque toutes les autres républiques soviétiques. La grande majorité des quinze républiques se sont déclarées souveraines, au nombre desquelles les deux plus importantes, l'Ukraine et la Russie, ce qui, pour les Baltes, constitue un atout inespéré. Ce faisant, le pouvoir central se trouve de plus en plus isolé. Le président de la République de Russie, Boris Eltsine, par son attitude bienveillante envers l'indépendance balte, y contribue de façon voyante.

6. La rapidité avec laquelle s'affirment les aspirations dé-

- 4 -

mocratiques s'observe dans l'ensemble de l'Union soviétique, Russie comprise. L'apparition de nouvelles formations politiques érode de plus en plus le pouvoir du PCUS. Avec lui, c'est la principale force d'intégration de l'URSS qui est en train de se dissoudre.

7. Cette évolution a amené Gorbatchev à revoir la politique soviétique en matière de nationalités. Alors que jusqu'ici ses efforts visaient à consolider le système fédératif, le 12 juin dernier - cela pour la première fois - il s'est exprimé en faveur d'une combinaison entre le mode fédéral et le mode confédéral, aboutissant à une sorte d'Union à la carte. Vue sous cet angle, l'indépendance des Etats baltes ne devrait plus être qu'une question de temps.

En dépit de cette évolution favorable, l'incertitude subsiste quant à l'orientation politique à venir de l'Union soviétique. Les modalités des négociations restent par ailleurs à fixer : les Baltes désirent que ces négociations avec Moscou soient communes, tandis que Moscou voudrait conclure un traité avec chaque Etat séparément. Trois points sont particulièrement délicats :

- le partage des biens consécutif à la séparation;
- les questions de sécurité (accord éventuel en matière de bases militaires);
- la durée de la période transitoire.

Face à ces événements, nous ne sommes pas restés inactifs et avons profité de chaque occasion pour nous entretenir avec les autorités soviétiques et les nouvelles instances dirigeantes des pays baltes. J'ai rencontré personnellement le vice-premier ministre lituanien M. Brazauskas: le secrétaire d'Etat Jacobi, quant à lui, a reçu le président Landsbergis. Des délégations des trois pays baltes ont eu des entretiens avec de hauts fonctionnaires du DFAE. Ici comme là, nous avons exposé clairement notre position, à savoir :

- 5 -

- droit à l'autodétermination des peuples selon les principes de la CSCE;
- solution négociée des problèmes entre Moscou et les pays baltes;
- pas de participation des pays baltes aux travaux de la CSCE, ni de reconnaissance officielle tant que l'indépendance ne sera pas effective.

Nos efforts en faveur d'une position aussi ferme que nuancée ont été, jusqu'ici, bien accueillis tant du côté soviétique que balte. Vu l'importance particulière du règlement de la question balte pour l'avenir des relations Est-Ouest et la mise en place des structures paneuropéennes, j'ai chargé notre représentation à Moscou de faire un voyage d'information dans les pays baltes et de prendre contact avec les milieux politiques les plus divers. Le suppléant de notre chef de mission fera ce voyage aussi tôt que possible. Je voudrais souligner que les autorités soviétiques nous ont accordé les autorisations nécessaires et se sont montrées des plus coopératives dans la préparation de cette mission.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

DIREKTION FUER VOELKERRECHT

Bern, den 15. August 1990

Informationsnotiz

Beurteilung der vom Bundesrat getroffenen Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Irak und Kuwait aus der Sicht der schweizerischen Neutralität

1. Der instrumentale Charakter der schweizerischen Neutralität

Eine nähere Analyse der schweizerischen Geschichte und der Bundesverfassung macht deutlich, dass die Neutralität einen bloss instrumentalen Charakter hat. Die Neutralität ist nicht ein Ziel unserer Aussenpolitik an sich, sondern eines unter mehreren Mitteln zur Verwirklichung unserer aussenpolitischen Zielsetzungen. Daher kann die Neutralitätspolitik der Schweiz nicht losgelöst von den internationalen Gegebenheiten einmal definiert werden und dann immerwährend gelten. Vielmehr muss die Neutralitätspolitik an die sich ändernden internationalen Beziehungen angepasst werden. Neutralitätspolitik ist Interessenpolitik. Als blosses Mittel zum Zweck muss die Neutralität - wie alles politische Handeln - in einer sich wandelnden Welt stets auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und flexibel an neue Notwendigkeiten angepasst werden. Diese Aufgabe war dem Bundesrat auch bei der Frage der Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen den Irak gestellt.

2. Neutralitätsrechtliche Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen

Das Neutralitätsrecht auferlegt dem Neutralen in erster Linie nur militärische Rechtspflichten. Der Neutrale darf an einer be-

waffneten Auseinandersetzung zwischen anderen Staaten nicht teilnehmen; er darf den Kriegführenden keine Waffen und keine Munition liefern und ihnen keine finanzielle Unterstützung zur direkten Verwendung für die Kriegführung gewähren. Im übrigen kennt das Neutralitätsrecht aber keine wirtschaftlichen Neutralitätspflichten. Insbesondere trifft den Neutralen keinerlei Pflicht, die Wirtschaftsbeziehungen mit einer Konfliktpartei aufrechtzuhalten. Während daher die Teilnahme an militärischen Sanktionen mit der Neutralität zum vornherein nicht vereinbart werden kann, ist es grundsätzlich durchaus zulässig, dass ein neutraler Staat Wirtschaftsmassnahmen ergreift. Ob er dies tun will, ist in erster Linie Sache seiner Neutralitätspolitik; diese kann er nach freiem Ermessen gestalten. Der dauernd neutrale Staat muss dabei lediglich alles unterlassen, was ihn in einen Krieg hineinziehen könnte und darf nichts tun, was ihm im Falle eines Krieges die Einhaltung der Neutralitätspflichten verunmöglichen würde.

3. Neutralitätspolitische Beurteilung der Wirtschaftsmassnahmen

Der Fall der Invasion Kuwaits durch den Irak und der daran anschliessenden Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch andere Staaten unterscheidet sich in mehrfacher Hinsicht grundlegend von anderen Situationen, in denen für die Schweiz die Verhängung von Sanktionen in Frage stand:

- a) Es bestehen keinerlei Zweifel darüber, dass der Irak durch seine militärische Invasion und Annexion Kuwaits fundamentalste Normen des Völkerrechts in eklatanter Weise verletzt hat. Der Irak kann für sein Vorgehen keinerlei irgendwie beachtenswerte Rechtfertigungsgründe gelten machen.
- b) Die Staatengemeinschaft ist sich in der Verurteilung des Rechtsbrechers und in der Verhängung von Wirtschaftssanktionen bis auf wenige Ausnahmen absolut einig.

- c) Es bestehen berechnigte Aussichten dafür, dass die Wirtschaftsmassnahmen universell durchgeführt werden und innert absehbarer Frist im Irak spürbare Wirkung zeitigen.

Die Verhängung von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak liegt aus folgenden Gründen im aussenpolitischen Interesse der Schweiz:

- a) Ein Kleinstaat wie die Schweiz hat an der Einhaltung des Völkerrechts und insbesondere des Gebots, dass alle Staaten jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Landes gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen haben, ein überragendes Interesse. Die Schweiz muss daher die Staatengemeinschaft unterstützen, wenn diese einen derartigen Rechtsbrecher zur Verantwortung zieht.
- b) Der unserer Neutralitätspolitik zugrundeliegende Gleichbehandlungsgrundsatz kann nicht auf zwei so ungleiche Konfliktparteien wie einen einzelnen Rechtsbrecher einerseits und die ganze Staatengemeinschaft andererseits angewendet werden. Durch eine Nichtteilnahme an den Wirtschaftssanktionen oder eine blosse Verhängung des Courant normal hätte die Schweiz den Rechtsbrecher Irak faktisch und moralisch unterstützt. Diese Haltung wäre im Ausland nicht verstanden worden. Unser Ansehen hätte weltweit grossen Schaden erlitten. Die schweizerische Neutralitätspolitik hätte ihre Glaubwürdigkeit eingebüsst.
- c) Die Teilnahme an den Wirtschaftssanktionen drängte sich auch unter dem Gesichtspunkt der Solidarität mit unseren westeuropäischen Partnern auf. Ein Abseitsstehen der Schweiz hätte unter anderem unsere Position bei den gegenwärtigen Verhandlungen über einen EWR schwächen können.

- d) Trotz Verhängung der Wirtschaftsmassnahmen gegenüber dem Irak kann die Schweiz ohne Zweifel ihre militärische Neutralität aufrechterhalten und riskiert nicht in eine militärische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden.

Weil die Neutralität ein Instrument zur Wahrung unserer nationalen Interessen ist, musste der Bundesrat diese aussenpolitischen Interessen berücksichtigen und seinen neutralitätspolitischen Handlungsspielraum ausschöpfen. Seine Aufgabe wird es nunmehr sein, von Zeit zu Zeit die Zweckmässigkeit und neutralitätspolitische Opportunität der verhängten Wirtschaftsmassnahmen zu überprüfen und bei Bedarf ihre allfällige Aufhebung zu erwägen.

4. Echo im Ausland und in den Massenmedien

Der Entscheid des Bundesrates zur Verhängung von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak wurde von den schweizerischen Massenmedien durchwegs äusserst positiv aufgenommen. Soweit unsere Botschaften im Ausland darüber Meldung erstatteten, wurde der Entscheid des Bundesrates durchwegs begrüsst. Lediglich der Irak sah in der schweizerischen Haltung eine Verletzung der dauernden Neutralität.

Zum Teil wurde der Schritt des Bundesrates in der Schweizer Presse als "völliger Kurswechsel", als "Schlachten einer heiligen Kuh", als "Aufgabe eines geliebten Dogmas" bezeichnet und entsprechend kommentiert. Diese Wertung entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten nicht. Der bundesrätliche Entscheid ist Ausdruck einer kontinuierlichen Neutralitätspolitik.

5. Kontinuität der Neutralitätspolitik

Historisch gesehen hat die Schweiz, insbesondere im 19. Jahrhundert und während der Völkerbundszeit, eine sehr flexible, weitmaschige und aktive Neutralitätspolitik geführt. Erst kurz vor

und während des Zweiten Weltkrieges wurde unsere Neutralitätspolitik - unter dem Druck der äusseren Ereignisse und aus der Igelhaltung der Schweiz heraus - sehr strikt und eng gehandhabt. Nach 1945 setzte aber, namentlich unter den Aussenministern Petitpierre und Wahlen, ein steter Prozess der Auflockerung und Erweiterung der schweizerischen Neutralitätspolitik ein (Disponibilität und Solidarität, Mitgliedschaft in "politischen" internationalen Organisationen, wie etwa dem Europarat). Parallel zur immer intensiveren internationalen Zusammenarbeit verstärkte sich auch in der schweizerischen Neutralitätspolitik der Zug zur aktiven Kooperation und Mitwirkung innerhalb der Staatengemeinschaft. Das Ergreifen von Wirtschaftsmassnahmen gegen den Irak ist ein weiterer Schritt in dieser konsequent geführten Politik der Oeffnung und Mitwirkung bei einer umfassenden internationalen Kooperation.

Der Bundesrat hat bereits bei verschiedenen Gelegenheiten verdeutlicht, dass die Schweiz allenfalls an Wirtschaftssanktionen mitwirken könnte. Insbesondere hat er dies in der Botschaft über den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) vom 21. Dezember 1981 (BB1 1982 I 497, 546 ff.) angekündigt und die Bedingungen für die Mitwirkung der Schweiz an derartigen Sanktionen umschrieben.

Mithin handelt es sich bei der vom Bundesrat ergriffenen Massnahme keineswegs um einen "dramatischen Kurswechsel in unserer Neutralitätspolitik" oder um die "Aufgabe eines Dogmas". Der Bundesrat hat nicht von der "integralen" zur "differentiellen" Neutralität der Völkerbundszeit gewechselt. Er hat auch in keiner Weise die Frage der Vereinbarkeit der schweizerischen Neutralität mit dem Sanktionensystem der Europäischen Gemeinschaft oder die Verhängung von Sanktionen in zukünftigen Fällen präjudiziert. Vielmehr hat der Bundesrat lediglich die kontinuierliche schweizerische Neutralitätspolitik in einem konkreten Fall zur Anwendung gebracht. Wenn sich in Zukunft in einem anderen Fall die Frage von Sanktionen stellt, so wird der Bundesrat in gleicher Weise unter Abwägung aller relevanter Gesichtspunkte

einen dem Einzelfall und den schweizerischen Interessen gerechten Entscheid über die Mitwirkung der Schweiz an Sanktionen fällen müssen.

DIREKTION FUER VOELKERRECHT

M. Godet

(Godet)

Dringliche Interpellation

der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates
vom 16. August 1990

Der Bundesrat wird eingeladen, das Parlament über die neueste
Entwicklung in der Golfregion zu orientieren und eine Einschätzung der
von ihm getroffenen Massnahmen vorzunehmen.

Interpellation urgente

de la Commission des affaires étrangères du Conseil national
du 16 août 1990

Le Conseil fédéral est prié d'informer le Parlement sur les derniers
développements dans la région du Golfe et de procéder à une
appréciation des mesures qu'il a prises.

PRESSEMITTEILUNG

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat am 16. August 1990 in Bern unter dem Präsidium von H. Martin Bundi (Soz. GR) und in Anwesenheit von H. Bundesrat René Felber ihre erste Sitzung nach der Sommerpause abgehalten.

Sie hat sich vom Vorsteher des EDA sowie dem Chef seines Krisenstabes aus erster Hand über die Geiselnahme und die Freilassung der beiden IKRK-Mitarbeiter Emanuel Christen und Elio Erriquez informieren lassen. Dabei kamen u.a. die Umstände der Freilassung, mögliche Hintergründe der Entführung sowie allfällige Auswirkungen der Geiselnahme auf die zukünftigen IKRK-Aktivitäten im Libanon zur Sprache. Die Kommission sprach sowohl dem EDA als auch dem IKRK Dank und Anerkennung aus für ihre intensiven Bemühungen um die Freilassung der beiden Geiseln.

Bundesrat Felber und seine Mitarbeiter orientierten die Kommission auch offen und umfassend über die vom Bundesrat in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der UNO getroffenen Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Irak und Kuwait. In der neutralitätspolitischen Beurteilung der Beschlüsse der Landesregierung betonte der Vorsteher des EDA, dass es sich dabei nicht um einen grundsätzlichen Kurswechsel unserer Aussenpolitik gehe. Der Bundesrat wird fürderhin bei internationalen Verwicklungen von Fall zu Fall die sich für unser Land ergebenden aussenpolitischen Konsequenzen prüfen und im Rahmen des Völker- und des Neutralitätsrechts die notwendigen Schlüsse ziehen. Die Kommission schloss sich weitgehendst dieser Beurteilung an und unterstützte die vom Bundesrat gefassten Beschlüsse. Sie beschloss in der Folge die Einreichung einer Dringlichen Interpellation für die Herbstsession. Diese wird dem Bundesrat Gelegenheit geben, sich zu den verschiedenen Aspekten der neuesten Golfkrise zu äussern und die von unserem Land getroffenen Massnahmen und deren Vollzug und Auswirkungen vor dem Parlament und damit der Oeffentlichkeit darzulegen.

Im weiteren hat sich die Kommission über die Kriterien der Flüchtlingshilfe und der Osteuropahilfe sowie über den neuesten Stand der Verhandlungen über den europäischen Wirtschaftsraum (EWR) informieren lassen.

3003 Bern, den 17. August 1990
LM

PARLAMENTSDIENSTE
Fachdienst II

Communiqué de presse

Le 16 août 1990, la Commission des affaires étrangères du Conseil national a tenu, à Berne, sa première séance après la pause estivale, sous la présidence de M. Martin Bundi (PS/GR) et en présence du conseiller fédéral René Felber.

Elle a reçu de M. René Felber et du chef de l'état-major de crise des informations de première main au sujet de l'enlèvement et de la libération des deux collaborateurs du CICR, MM. Emmanuel Christen et Elio Erriquez. Ont été évoquées les circonstances de leur libération, les raisons éventuelles de leur enlèvement et les répercussions que cette affaire peut avoir sur les futures activités du CICR au Liban. La commission a remercié tant le DFAE que le CICR et leur a fait savoir combien elle était reconnaissante des efforts qu'ils avaient déployés sans relâche dans le but de faire libérer les deux otages.

Le conseiller fédéral Felber et ses collaborateurs ont par ailleurs informé la commission avec force détails des mesures économiques prises par le Conseil fédéral envers l'Irak et le Koweït, conformément aux résolutions des Nations Unies. Commentant les décisions du gouvernement dans l'optique de la politique de neutralité, le chef du DFAE a souligné que cette prise de position ne traduisait pas un changement de cap fondamental de notre politique étrangère. Toujours selon lui, le Conseil fédéral continuera, en cas de troubles sur le plan international, à examiner les conséquences qui en résulteront pour la politique étrangère de notre pays et à en tirer, de cas en cas, les conclusions qui s'imposent, dans les limites du droit international et du droit de la neutralité. Dans sa majorité, la commission s'est ralliée à ce point de vue et a soutenu les décisions prises par le Conseil fédéral. Elle a décidé de déposer une interpellation urgente pour la session d'automne, interpellation qui devrait permettre au Conseil fédéral de s'exprimer au sujet des divers aspects de la toute dernière crise du Golfe et d'exposer au Parlement - et donc à l'opinion publique - les mesures prises par notre pays, leur exécution et leurs effets.

Enfin, la commission a été informée des critères en fonction desquels sont attribuées l'aide aux réfugiés et l'aide aux pays d'Europe de l'Est; elle a aussi été informée de l'état actuel des négociations sur l'Espace économique européen (EEE).

3003 Berne, le 17 août 1990

LM

SERVICES DU PARLEMENT
Service de commission II